

Stenografischer Bericht

– öffentlicher Teil –

62. Sitzung des Innenausschusses

29. November 2011, 14:01 bis 17:34 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender Abg. Horst Klee (CDU)

CDU

Abg. Alexander Bauer
Abg. Holger Bellino
Abg. Peter Beuth
Abg. Christian Heinz
Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen)
Abg. Helmut Peuser

SPD

Abg. Nancy Faeser
Abg. Dieter Franz
Abg. Lisa Gnadl
Abg. Günter Rudolph

FDP

Abg. Mario Döweling
Abg. Wolfgang Greilich
Abg. Stefan Müller (Heidenrod)
Abg. Helmut von Zech

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abg. Ellen Enslin
Abg. Jürgen Frömmrich
Abg. Mürvet Öztürk


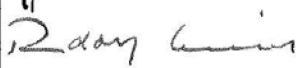

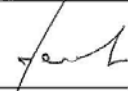
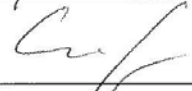
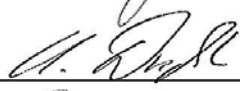
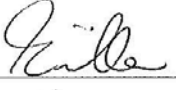


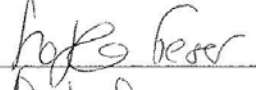
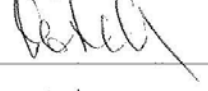
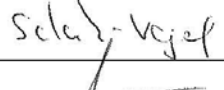
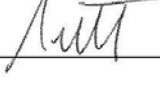



DIE LINKE

Abg. Hermann Schaus

Fraktionsassistent/in:

FraktAss	Dr. Walter Fishedick	(Fraktion der CDU)
FraktAss	Ralf Sturm	(Fraktion der SPD)
FraktAss	Sönke Greimann	(Fraktion der FDP)
FraktAssin	Pia Walch	(Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
FraktAss	Adrian Gabriel	(Fraktion DIE LINKE)

Landesregierung, Rechnungshof, etc.:

Name (in Druckbuchstaben)	Amtsbezeichnung	Ministerium, Behörde	Unterschrift
Boris Rhein	M	HMdluS	
DR. RUDOLF KRISZELEIT	SIS	HMAJIE	
L. Gall	VPiS	HRH	
Hardt	MR	HMd 3	
Gref	MDgt	HMDI	
Dröpler	LUR	"	
Müller	MR'in	HDSB	
Georgi	RL	HMDIS	
Houckema	ROR	CTG	
Hoffmann-Fessner	OAPlin	HMDIS	
Dobelman	MR'in	"	
Schäfers-Vogel	RD'in	"	
DIEHL	IdP	"	
Rüband	ADlin	HGFV	
Desch	P	HGFV	
Löcher	MR	HMDIS	

Name (in Druckbuchstaben)	Amtsbezeichnung	Ministerium, Behörde	Unterschrift
Dr. Fülle, R.	Utd. APm	Hess. StM	Dr. Fülle
Münch	LPR	HMdI	h. Münch
Hefner	MinDirg	"	Hefner
Kühn	LPR	-h-	Kühn
Muf-lampy	PR	HMdS	Muf-lampy
Müller	Ud. Dirn	HMdS	Müller
Beck, Jürgen	Di LSG	HMdSIE	J. Beck
Beinlich, Thomas	STA	HMdSIE	T. Beinlich
Dr. Finkbein, Helmut	MinDirg	HMdSIE	K. Finkbein
Blumenrath, H.G.	Pr. StA	General- staatsanw. wahlbeh.	Blumenrath
Westerfeld	StS	HMdF	

Protokollierung: RDirin Heike Thaumüller
RDir Dr. Spalt

Inhaltsverzeichnis:**Punkt 1 bis 7:**

– siehe nicht öffentlicher Teil –

Punkt 8:

Dringlicher Berichtsantrag
der SPD-Fraktion betreffend Aufklärung von Ermittlungsspannen im
Zusammenhang mit der Tötung eines türkischen Internetbetreibers
in Kassel

– Drucks. [18/4729](#) –

S. 5

Punkt 9:

Dringlicher Berichtsantrag
des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Frakti-
on betreffend Mitarbeiter des hessischen Verfassungsschutzes

– Drucks. [18/4803](#) –

S. 5

Punkt 10:

– siehe nicht öffentlicher Teil –

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, die Tagesordnungspunkte 8, Drucks. [18/4729](#), und 9, Drucks. [18/4803](#), in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

Punkt 8:

**Dringlicher Berichtsantrag
der SPD-Fraktion betreffend Aufklärung von Ermittlungsspannen im
Zusammenhang mit der Tötung eines türkischen Internetbetreibers
in Kassel
– Drucks. [18/4729](#) –**

Punkt 9:

**Dringlicher Berichtsantrag
des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Frakti-
on betreffend Mitarbeiter des hessischen Verfassungsschutzes
– Drucks. [18/4803](#) –**

Abg. **Nancy Faeser:** Herr Vorsitzender, vielen Dank, dass wir das so behandeln können: zu Beginn der Sitzung und öffentlich.

Für unsere Fraktion möchte ich kurz begründen, warum wir diesen Dringlichen Berichtsantrag heute hier so stellen. Wir sind der Auffassung, dass der Fall der Tötung eines türkischen Internetbetreibers in Kassel auch den Innenausschuss beschäftigen muss, denn vor allen Dingen geht es darum, welche Rolle die Ermittlungsbehörden in all den Jahren gespielt haben, sprich: Welche Rollen hatten das Polizeipräsidium Nordhessen und die Staatsanwaltschaft, die das Verfahren federführend geleitet haben? Es geht vor allen Dingen darum, aufzuklären, warum die in den fünf Jahren nicht einmal auf die Idee gekommen sind, nach einem rechtsextremistischen Tatmotiv zu ermitteln. Das ist die Frage, die hier im Raum steht. Sie ist keine, die in erster Linie die PKV zu interessieren hat, sondern in erster Linie den Innenausschuss. Ich glaube, es liegt im Einverständnis aller Fraktionen, dass wir das hier behandeln.

Wichtig war uns aber auch, im Zusammenhang mit den Vorgängen im Jahr 2006 hier zu klären, warum der damalige Innenminister und heutige Ministerpräsident Volker Bouffier damals, im Jahr 2006, nicht umfassend über diesen Fall aus Kassel berichtet hat. Heute wissen wir, dass es schon damals Ermittlungsergebnisse der Staatsanwaltschaft und der Polizei gab. Darüber hätte er im entsprechenden Ausschuss berichten können. Auch darum drehen sich unsere Fragen.

In diesem Rahmen beziehen sich unsere Fragen natürlich auch auf den Verfassungsschützer, der quasi Teil dieses Ermittlungsverfahrens war. Deswegen kann man diese Fragen aus unserer Sicht auch hier beantworten – denn er war in diesen Fall involviert und somit Teil des polizeilichen und des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens. Deswegen glauben wir, dass auch über die Rolle dieses Verfassungsschützers hier geredet werden kann und sollte. Wie gesagt: Vor allen Dingen geht es jetzt um die Aufklärung: Welche Rolle hatten vor allen Dingen die Ermittlungsbehörden?

Ich begrüße außerordentlich, dass auch der Staatssekretär der Justiz, Herr Dr. Kriszeleit, heute hier ist und auch der Generalstaatsanwalt – denn manche Fragen, die wir ge-

stellt haben, betreffen natürlich vor allen Dingen ihren Bereich. Deswegen hatten wir den Innenminister im Vorfeld angeschrieben und gebeten, dass entsprechend verfahren wird. – Dafür darf ich dem Innenminister ausdrücklich danken.

Abg. Jürgen Frömmrich: In diesem Punkt können wir auch unseren Berichts Antrag aufrufen, denn, was die Parlamentarische Kontrollkommission, aber auch den Innenausschuss angeht, so haben wir dieses Thema am 17. Juli 2006 hier besprochen. Der damalige Innenminister und jetzige Ministerpräsident hatte seinerzeit gesagt, „dass wir wiederum uns dann äußern, wenn die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen abgeschlossen hat.“ Das ist ein wörtliches Zitat aus dem Protokoll der Innenausschusssitzung 16/60, Seite 6. Vom amtierenden Innenminister würden wir jetzt gerne wissen, wann seinerzeit über die verschiedenen Dinge berichtet worden ist, insbesondere nachdem jetzt bekanntgeworden ist, dass Ermittlungsergebnisse vorgelegen haben, die seinerzeit dem Innenausschuss hätten berichtet werden können, spätestens nach Abschluss des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens.

Ich finde es noch gravierender, wenn man schon sagt, im Innenausschuss konnte das seinerzeit nicht berichtet werden, weil es gewisse Geheimschutzinteressen gab. Man müsste klären, ob das so gewesen ist. Aber wenn man diesem Argument beitrifft, dann hätte die Unterrichtung spätestens in der damaligen Parlamentarischen Kontrollkommission stattfinden müssen. Für die, die die parlamentarische Kontrolle in der Kontrollkommission wahrnehmen, wären das Tatsachen gewesen, die unter Umständen diesen Fall in einem anderen Licht dargestellt hätten. Unter Umständen hätte man dann andere Schlussfolgerungen gezogen.

Deswegen sind wir sehr gespannt darauf, wie der Innenminister berichtet, wann diese Informationen sowohl des zuständigen Innenausschusses als auch der Parlamentarischen Kontrollkommission seinerzeit erfolgte.

Vorsitzender: Dann rufe ich hiermit auch noch als zweiten Punkt den Dringlichen Berichts Antrag des Abg. Jürgen Frömmrich und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Mitarbeiter des Hessischen Verfassungsschutzes, Drucks. [18/4803](#), auf.

Geschäftsleitend will ich mir die Frage erlauben: Zunächst wird der Minister den Bericht zu dem Dringlichen Berichts Antrag der Fraktion der Sozialdemokraten geben. Das ist kein Bericht von drei Seiten, sondern beantwortet 27 Fragen. Das dauert eine Zeit lang. Sind Sie damit einverstanden, dass dann Ihre Fragen beantwortet werden und dass wir dann den Gesamtkomplex in Summe diskutieren?

Abg. Jürgen Frömmrich: Alles nacheinander und in aller Ruhe.

Dann möchte ich noch sagen, dass wir gerne ein Wortprotokoll hätten.

Abg. Nancy Faeser: Wir auch! – Damit hat sich meine Wortmeldung erledigt.

Vorsitzender: Der Wunsch nach einem Wortprotokoll ist bei Frau Thaumüller angekommen. – Wir machen sowieso alles in Ruhe und nacheinander, logischerweise. Es geht gar nicht anders.

Dann darf ich zunächst dem Innenminister das Wort geben, zuerst zu dem Dringlichen Berichtsantrag der SPD.

Minister **Boris Rhein**: Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu dem Dringlichen Berichtsantrag der SPD-Fraktion einige ganz wenige Vorbemerkungen machen, die auch in den Gesamtzusammenhang gehören.

Ich bitte um Verständnis, dass es bei dem Umfang des Dringlichen Berichtsantrags – er erreicht nahezu den Umfang einer Großen Anfrage – natürlich ein bisschen Zeit in Anspruch nehmen wird. Aber das sollte uns der Sachzusammenhang auch wert sein.

Nach dem Tötungsdelikt, das am 6. April 2006 stattgefunden hat – wie es technisch heißt: zum Nachteil des Betreibers des Internetcafés –, wurde sehr zeitnah der Zusammenhang zu der Serie von Tötungsdelikten zum Nachteil türkischstämmiger Kleingewerbetreibender erkannt. Es gab dann eine Abstimmung zwischen dem Hessischen Landeskriminalamt und dem Polizeipräsidium Nordhessen. Hier wurde unter Beteiligung des Landespolizeipräsidiums entschieden, dass die Ermittlungen durch die sogenannte Mordkommission „Café“ unter Leitung des PP Nordhessen zu führen sind. Für die Ermittlungen – man muss sagen: sehr intensive Ermittlungen – wurde das PP Nordhessen verstärkt, und zwar durch Abordnungen von Unterstützungsleistungen qualifizierter Kräfte von benachbarten Polizeipräsidien. Aber auch der Bereitschaftspolizei. In der Spitze hat das dazu geführt, dass bis zu 51 Beamtinnen und Beamte in dieser Mordkommission „Café“ eingesetzt waren. Die Hypothesen der eingesetzten erfahrenen Ermittler zum Tatablauf und zu möglichen Tatmotiven wurden durch die Arbeit von sogenannten Fallanalytikern ergänzt.

Bis heute wurde jede sich bietende Spur zur Aufklärung der Tötungsdelikte in einer sehr engen Zusammenarbeit der jeweils verantwortlichen Mordkommissionen der Länder und dem BKA intensiv abgeklärt. Deswegen wird nach meiner festen Überzeugung die Unterstellung von Ermittlungsspannen der engagierten Arbeit von Polizei, aber auch von der Justiz nicht gerecht.

Ich will Folgendes hinzufügen, denn ich halte das für einen ganz wichtigen Punkt: Man muss immer wieder darauf hinweisen, dass in unserem Land, insbesondere im Land Hessen, das Thema Rechtsextremismus seit jeher konsequent bekämpft wird. In Hessen haben wir hierzu langjährige Bemühungen angestellt und stetige Fortentwicklungen der in der Regel ressortübergreifenden Landesprogramme vorgenommen. Das betrifft das Aussteigerprogramm IKARus, das aktive Beratungsnetzwerk Hessen. Das betrifft das Modellprojekt „Die rote Linie“ und all das, was wir in dem Rahmenprogramm „Toleranz fördern, Kompetenz stärken“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend machen und mit jeweils 100.000 € gefördert haben. – In diesem Kreis, in dem wir es mit Spezialisten, mit Experten zu tun haben, muss ich all das nicht aufführen. Ich habe das auch schon häufig im Plenarsaal getan.

Dazu gehört natürlich auch das, was wir in der Folge dieses furchtbaren Überfalls auf das Sommercamp der Solid-Jugend in BAO-Mitte gemacht haben. Dort ging es darum, die „Freien Kräfte Schwalm-Eder“ unter Kontrolle zu bringen. Das hat dazu geführt, dass es eine deutliche Entspannung der Lage vor Ort gegeben hat, dass die Szene aufgeheilt worden ist, und insbesondere, dass ein Großteil der Ermittlungsverfahren nicht nur eingeleitet, sondern auch rechtskräftig abgeschlossen werden konnten und zu Verurteilungen geführt hat.

Abschließend in meiner Vorbemerkung weise ich auf Folgendes hin. Vielfach wurde diskutiert: „Warum gibt es eigentlich keine Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutzämtern – natürlich unter Beachtung des Trennungsgebotes?“ Ich glaube, an diesem Ort muss man über das Trennungsgebot nicht diskutieren. Darüber sind wir uns alle einig. Das ist bei uns anders. Das ist in Hessen anders, weil wir ein GlAZ haben, das ist das Gemeinsame Informations- und Auswertungszentrum, in dem wir unter Beachtung des Trennungsgebots dafür sorgen, dass Informationen zusammengeführt werden. Dadurch wird verhindert, dass es zu Informationsverlusten kommt, die am Ende durchaus zu großen Problemen führen können.

Also auch hier haben wir uns schon sehr frühzeitig sehr intensiv aufgestellt.

Lassen Sie mich, diese Vorbemerkung vorangestellt, den Dringlichen Berichtsantrag beantworten, und zwar – deswegen bin ich sehr dankbar, dass der Kollege Dr. Kriszeleit heute hier ist – im Einvernehmen mit dem Justizminister.

Frage 1: Aus welchen Gründen und auf welche Weise wurden die Ermittlungsbehörden auf den damaligen Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz aufmerksam?

Die Ermittlung erfolgte durch die übliche Tatortarbeit. Am Tattag telefonierte in dem von dem Opfer betriebenen Internetcafé einer der dort befindlichen Zeugen in einer Telefonzelle bis um 17:03 Uhr. Nach dem Verlassen der Telefonzelle entdeckte er das Opfer. Eine Auswertung der im Internetcafé sichergestellten PCs hat ergeben, dass dort an dem PC von Platz 2 in der tatrelevanten Zeit am 06.04.2006 zwischen 16:51 Uhr und 17:01 Uhr im Internet gesurft wurde. Von der letzten Aktivität am PC bis zum Ende des beschriebenen Telefonats ergibt sich ein Zeitfenster von 1:46 Minuten. Aus diesen zeitlichen Zusammenhängen hat sich der Verdacht ergeben, dass es sich bei dem Nutzer von PC-Platz 2 möglicherweise um den Täter handeln kann bzw. dass der Nutzer Beobachtungen gemacht haben könnte.

Die weitere Auswertung hat ergeben, dass der Nutzer auf einer gebührenpflichtigen Internetseite chattete, und über die bei dem Anbieter dieser Seite hinterlegten Anmeldedaten konnte schließlich dieser Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz ermittelt werden.

Frage 2: Auf welche Weise wurde gegen die Person des damaligen Mitarbeiters des Landesamtes für Verfassungsschutz ermittelt?

Die Ermittlungen wurden durch die Staatsanwaltschaft Kassel und durch die beim PP Nordhessen eingerichtete Mordkommission „Café“ geführt. Unter anderem wurden Telefonüberwachungsmaßnahmen geschaltet. Es wurden Durchsuchungen in den beiden Wohnungen des Beschuldigten sowie in seinem Dienstzimmer in der Außenstelle des LWV durchgeführt sowie mögliche Bezugspunkte zu anderen Taten eben dieser Serie, die ich eben schon angesprochen habe, gesucht.

Man muss sehr deutlich sagen: Letztere – nämlich diese Bezugspunkte zu anderen Taten der Serie – wurden nicht gefunden. Des Weiteren war es so, dass Beschuldigte mehrfach vernommen worden sind.

Frage 3: Welche Gründe sprachen aus Sicht der Ermittlungsbehörden zunächst für eine mögliche Täterschaft des damaligen Mitarbeiters des Landesamtes für Verfassungsschutz?

Für eine mögliche Täterschaft sprach, dass der Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz zeitnah am Tatort war – wie eben ausgeführt – und sich trotz der Pressebeurichterstattung sowie eines Zeugenaufrufs der Polizei nicht bei den Ermittlungsbehörden gemeldet hat.

Frage 4: Was wurde

a) von der zuständigen Staatsanwaltschaft;

*b) von den ermittelnden Polizeibeamten
veranlasst, nachdem die Person des damaligen Mitarbeiters des Landesamtes für Verfassungsschutz ermittelt worden war?*

Die Ermittlungen wurden von der Polizei in Absprache mit der Staatsanwaltschaft geführt. Insoweit ist auf die Antwort zu Frage 2 zu verweisen. Darüber hinaus wurden aber weitere Ermittlungen getätigt, um die Angaben des Beschuldigten und seine Person näher abzuklären. Das heißt, es wurden insbesondere Personen aus seinem Umfeld vernommen. Es wurden Finanzermittlungen getätigt, und es wurde versucht, Aufenthalte in der Vergangenheit – das Stichwort lautet: andere Tatorte – aufzuklären.

Frage 5: Wie wurde vonseiten der Ermittlungsbehörden bewertet, dass bei der Durchsuchung der Wohnräume des damaligen Mitarbeiters des Landesamtes für Verfassungsschutz

a) illegale Munition,

b) Drogen,

c) Hitlers Buch „Mein Kampf“ und weitere rechtsextremistische Schriften entdeckt wurden?

Zu a) ist zu sagen, dass es sich um 13 Schrotpatronen gehandelt hat sowie um 100 Platzpatronen, die in der Wohnung des Mannes aufgefunden worden sind. Deswegen ist auch wegen eines Vergehens gegen das Waffengesetz durch das Amtsgericht Kassel, hier durch die Zweigstelle Hofgeismar, am 04.09.2006 ein Strafbefehl ergangen. Der wurde am 22.09.2006 rechtskräftig. Hier geht es um 20 Tagessätze à 40 €.

Zu b). Es handelt sich hierbei augenscheinlich um einen älteren Brocken Haschisch, nämlich um 3,7 g. Wegen dieser 3,7 g Haschisch wurde im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben nach § 31a des Betäubungsmittelgesetzes von der Strafverfolgung abgesehen. Hier ergaben sich keine Anknüpfungspunkte, die einen hinreichenden Tatverdacht bezüglich der Kasseler Tat hätten begründen können. Unter anderem wurde auch der Zweitwohnsitz des Beschuldigten im Hause seiner Eltern durchsucht. Dabei wurden mehrere mit mechanischer Schreibmaschine erstellte Dokumente mit einem Bezug zum Nationalsozialismus gefunden. Darunter befanden sich auch Passagen aus dem Buch „Mein Kampf“ von Adolf Hitler. Ein Exemplar des Buches selbst wurde bei der Durchsuchung nicht gefunden.

In seiner Vernehmung gab der Beschuldigte an, dass er diese Schriften während seiner Schulzeit als Kind bzw. als Jugendlicher gefertigt habe. Für die Ermittler ergab sich dar-

aus der Schluss, dass der Beschuldigte zumindest in der Vergangenheit Interesse am, möglicherweise auch einen Hang zum Nationalsozialismus zeigte.

Trotz der intensiv geführten Ermittlungen im Hinblick auf seine Person ergaben sich aber keine Hinweise darauf, dass er auch als Erwachsener dieses Interesse beibehielt bzw. gar Sympathien für rechtsradikales Gedankengut hegte.

Frage 6: Gab es hinsichtlich der zu Frage 5 dargestellten Beurteilungen unterschiedliche Einschätzungen zwischen den ermittelnden Beamten der Polizei und der zuständigen Staatsanwaltschaft?

Wenn ja, wie stellten sich diese unterschiedlichen Einschätzungen dar?

Hier lautet die Antwort: Nein, es gab keine unterschiedlichen Einschätzungen.

Frage 7: In welcher Weise wurden über die Hausdurchsuchung hinaus im privaten Umfeld des damaligen Mitarbeiters des Landesamtes für Verfassungsschutz Ermittlungen durchgeführt?

a) Welche Erkenntnisse konnten dabei über die Person des damaligen, als Beschuldigten angesehenen Mitarbeiters des Landesamtes für Verfassungsschutz gewonnen werden?

b) Wie schätzten die ermittelnden Polizeibeamten und die zuständige Staatsanwaltschaft damals die Tatsache ein, dass der von ihnen seinerzeit als Beschuldigter geführte Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz in seinem Umfeld als „kleiner Adolf“ bezeichnet und ihm eine rechtsradikale Gesinnung zugeschrieben worden sei?

c) In welcher Weise wurde überprüft, ob der seinerzeit als Beschuldigter geführte Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz Kontakte in die rechtsradikale Szene in Hessen oder darüber hinaus gehabt hat?

Der Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz war in seiner Freizeit unter anderem in einem Schützenverein aktiv. Besondere Auffälligkeiten ergaben sich im Übrigen nicht. Die Bezeichnung „kleiner Adolf“ soll vor langer Zeit, zu Kindheits- bzw. Jugendzeiten, gefallen sein. Über die Umfeldermittlungen – d. h. Zeugenvernehmungen – ergaben sich keine Hinweise auf eine zum Zeitpunkt der Taten bestehende private Verbindung des Mitarbeiters des Landesamtes für Verfassungsschutz zu Personen aus dem rechten Spektrum bzw. zu rechtsextremen Organisationen. Auch fanden sich aufgrund der Durchsuchungen dafür keine Hinweise.

Frage 8: Auf welche Weise erfuhren die Ermittlungsbehörden, dass der von ihnen als Beschuldigter festgenommene Mann ein Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz gewesen ist?

Anlässlich der Durchsuchungen hat sich der Mann selbst als Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz zu erkennen gegeben.

Frage 9: Welche Informationen über den damaligen Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz wurden

a) der Staatsanwaltschaft,

b) den ermittelnden Polizeibeamten

vom Landesamt für Verfassungsschutz zur Verfügung gestellt?

Die geforderten Informationen zur Person des Mitarbeiters und seiner Tätigkeit, insbesondere auch dessen Personalakte, wurden den Ermittlungsbehörden zur Verfügung gestellt.

Frage 10: In welchem Umfang gab es Informationsbegehren der Staatsanwaltschaft und der Polizei, die vonseiten des Landesamtes für Verfassungsschutz nicht beantwortet wurden?

Wie wurde diese Informationsverweigerung gegenüber den Ermittlungsbehörden jeweils begründet?

Mit dem Landesamt für Verfassungsschutz gab es eine Zusammenarbeit. Unter anderem fanden gemeinsame Besprechungen statt. Dabei wurden natürlich die geforderten Informationen zur Verfügung gestellt.

Eine unmittelbare Vernehmung der von den Mitarbeitern geführten Quellen wurde unter Hinweis auf deren Schutz mittels einer Sperrerklärung verwehrt. An diese Quellen wurden aber über das Landesamt für Verfassungsschutz Fragen gerichtet. Die Befragungsergebnisse wurden dann vom Landesamt für Verfassungsschutz schriftlich mitgeteilt.

Diesem Ersuchen wurde unter Hinweis auf § 76 Hessisches Beamtenengesetz in Verbindung mit § 160 Abs. 4 der Strafprozessordnung nicht entsprochen, weil die Aussagegenehmigungen nicht erteilt werden könnten, ohne dass dem Wohl des Landes Hessen Nachteile bereitet und die Erfüllung öffentlicher Aufgaben wesentlich erschwert würden.

Die Befragung der Quelle erfolgte aber durch Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz.

Wenn die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission einverstanden sind, kann ich Ihnen sogar die Daten nennen, an denen in der PKV darüber berichtet wurde. Wenn die Mitglieder nicht einverstanden sind, werde ich das natürlich nicht tun.

(Abg. Nancy Faeser: Das ist okay!)

– Ich sehe allseitiges Nicken zu diesem Vorschlag. Dann kann ich das auch tun. Mit den Informationen aus der PKV muss man vorsichtig sein.

(Abg. Nancy Faeser: Das stimmt!)

Deswegen habe ich das hier so getan.

Zum Gesamtsachverhalt wurde die Parlamentarische Kontrollkommission in mehreren Sitzungen informiert und unterrichtet, und zwar am 17.07.2006, am 05.12.2006 und am 28.02.2007. Darüber hinaus ist in dieser Angelegenheit eine schriftliche Mitteilung erfolgt, und zwar am 17. Oktober 2006.

Frage 11: In welcher Form fand zwischen dem Landesamt für Verfassungsschutz und

a) der zuständigen Staatsanwaltschaft;

b) den ermittelnden Polizeibeamten

ein Informationsaustausch über die rechtsradikale Gesinnung des ehemaligen Verfassungsschutzmitarbeiters statt?

Es fanden Besprechungen statt. Bei einem persönlichen Treffen, das es zwischen Vertretern des Landesamtes für Verfassungsschutz und der Staatsanwaltschaft gegeben hat, wurde auch der Fund des Schriftmaterials zur Kenntnis gegeben.

Tatsächliche Anhaltspunkte für eine bestehende rechtsradikale Gesinnung des Beamten ergeben sich aus den hier vorliegenden Akten nicht. Insoweit verweise ich auf die Antwort zu Frage 5c).

Frage 12: Welche Erkenntnisse lagen der zuständigen Staatsanwaltschaft und den ermittelnden Polizeibeamten über die dienstlichen Aufgabenfelder des von ihnen zunächst als Beschuldigten geführten Mitarbeiters des Landesamtes für Verfassungsschutz vor?

In welcher Weise haben

a) die zuständige Staatsanwaltschaft und die ermittelnden Polizeibeamten geprüft, ob es einen Zusammenhang zwischen der Tötung in Kassel und dem dienstlichen Aufgabenfeld des Verfassungsschutzmitarbeiters gegeben hat,

b) das Landesamt für Verfassungsschutz geprüft, ob es einen Zusammenhang zwischen der Tötung in Kassel und dem dienstlichen Aufgabenfeld des Verfassungsschutzmitarbeiters gegeben hat?

Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Zuständigen insbesondere im Rahmen seiner rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten unterstützt. Die Staatsanwaltschaft und die Polizei hatten Kenntnis darüber, dass der Mitarbeiter Quellen führt, und zwar schwerpunktmäßig im Informationsbereich Islamismus sowie darüber hinaus auch eine Quelle aus dem rechtsextremen Bereich.

Neben den Beschuldigtenvernehmungen wurden mehrere Gespräche mit Mitarbeitern des Landesamtes für Verfassungsschutz geführt. Die Quellen des Beschuldigten wurden anhand eines von dieser Mordkommission „Café“ formulierten Fragenkatalogs von Mitarbeitern des Landesamtes für Verfassungsschutz befragt. Das Ergebnis dieser Befragung wurde schriftlich fixiert und der Polizei zur Verfügung gestellt.

Frage 13: In welchen Bereichen war der damalige Mitarbeiter beim Landesamt für Verfassungsschutz dienstlich tätig?

Soweit das aus den Akten nachvollziehbar ist, war der Beamte in folgenden Bereichen tätig: Observation, Ermittlungen und Beschaffung.

*a) In welchem Zeitraum wurde der damalige Mitarbeiter im Bereich Rechts-
extremismus beim Landesamt für Verfassungsschutz eingesetzt?*

*b) Trifft es zu, dass der ehemalige Mitarbeiter des Landesamtes für Verfas-
sungsschutz V-Leute aus der rechten Szene geführt hat, und wenn ja, in
welchem Zeitraum geschah dies?*

Nach der Aktenlage hat der betroffene Beamte in der Zeit von Herbst 2003 bis April 2006 eine Quelle aus dem Phänomenbereich Rechtsextremismus geführt.

*Frage 14: Aus welchen Gründen wurde von den Ermittlungsbehörden die Möglichkeit
eines rechtsradikalen Tathintergrundes nicht in Betracht gezogen bzw. nicht
weiterverfolgt?*

In der Mordserie wurden zur damaligen Zeit seitens der in Nürnberg angesiedelten BAO – also einer Besonderen Aufbauorganisation – sowie den operativen Fallanalytikern des Landeskriminalamtes Bayern zwei Thesen vertreten, die gleichberechtigt nebeneinander standen.

Das ist zum einen die sogenannte Organisationsthese. Sie ordnete die Taten dem Bereich der organisierten Kriminalität zu.

Zum anderen gab es noch die Einzeltätertheorie. Nach dieser Einzeltätertheorie sind die Taten von einem einzelnen Täter, nicht notwendig dem gleichen Täter, begangen worden.

Entsprechend dieser Thesen wurden – insbesondere auch aufgrund der durch die Tatwaffe belegten Verbindung zwischen den Taten – versucht, Kreuztreffer aufgrund der Ergebnisse der einzelnen Ermittlungen zu erzielen, d. h. über die Tatwaffe hinaus weitere Verbindungen zwischen den Taten bzw. den Opfern festzustellen, um dann Rückschlüsse auf den oder die Täter ziehen zu können.

So wurden zu dem Zweck insbesondere an den einzelnen Tatorten Telekommunikationsdaten erhoben, um festzustellen, ob sich möglicherweise ein Handy an den unterschiedlichen Orten tatzeitnah an einer Funkzelle angemeldet hat. Vor diesem Hintergrund waren die Ermittlungen offen. Die sogenannte Einzeltätertheorie umfasst aus Sicht der ermittelnden Beamten der Mordkommission „Café“ insbesondere auch einen Einzeltäter oder mehrere Täter mit fremdenfeindlicher Motivation.

Weitergehende Ermittlungsansätze zu einem rechtsradikalen Hintergrund, die hätten weiterverfolgt werden können, ergaben sich auch unter Einbeziehung der Ergebnisse des polizeilichen Staatsschutzes seinerzeit nicht.

Das deckt sich mit den Feststellungen des seinerzeitigen SPD-Innenministers Otto Schily, der bei dem Splitterbombenanschlag von Köln-Mühlheim damals einen rassistischen oder rechtsextremistischen Zusammenhang sehr deutlich ausgeschlossen hat.

Frage 15: In welcher Weise wurden die Ermittlungen gegen den ehemaligen Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz

a) vom Hessischen Landeskriminalamt;

b) vom Landespolizeipräsidium

begleitet?

Das Hessische Landeskriminalamt wurde von Beginn an umfangreich über den Stand der Ermittlungen informiert und leistete auch die erforderliche Unterstützung.

Das Landespolizeipräsidium wurde ebenfalls von Beginn an umfangreich über den Stand der Ermittlungen informiert und leistete Unterstützung, insbesondere im Hinblick auf die erforderliche Personal- und Sachausstattung der Mordkommission „Café“.

Frage 16: Aus welchen Gründen wurde letztlich der ehemalige Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz von der Staatsanwaltschaft und den ermittelnden Polizeibeamten 2006 als möglicher Täter, Mittäter oder Beihelfer ausgeschlossen?

Wer hat diese Entscheidung getroffen, und wer war alles in diese Entscheidung eingebunden?

Der Anfangsverdacht, der sich aus den Antworten zu Frage 1 und 3 genannten Gründen ergab, konnte durch weitere Ermittlungen nicht erhärtet werden. Letztlich führten die Ermittlungen zu keinen Ergebnissen, die zur Begründung eines hinreichenden Tatverdachts bzw. Verdachts ausgereicht hätten. Insbesondere wurde die Tatwaffe nicht aufgefunden.

Die Einlassungen des Mitarbeiters, wonach er weder der Täter war noch etwas von der Tat mitbekommen haben will, waren nicht zu widerlegen.

Aus diesen Gründen wurde das Verfahren gegen ihn durch die Staatsanwaltschaft gemäß § 170 Abs. 2 der Strafprozessordnung eingestellt.

Frage 17: Aus welchen Gründen haben es die hessischen Ermittlungsbehörden – anders als in Bayern, Thüringen und in anderen Bundesländern – unterlassen zu ermitteln, ob es in Bezug auf den Kasseler Tötungsfall, der im Kontext zu der vorausgegangenen bundesweiten Mordserie zu sehen war, einen rechtsradikalen oder rechtsextremistischen Tathintergrund geben könnte?

Ein rechtsradikaler Hintergrund war nur eine von mehreren Tathypothesen. Ich verweise auf das, was ich eben in Beantwortung der Frage 14 gesagt habe. Hierbei wurde durch die Aussage der Fallanalytiker jedoch ein Schwerpunkt in Bayern gesehen, wobei Nürnberg als möglicher Ankerpunkt eines Einzeltäters eingeschätzt wurde. Dementsprechend wurde in Bayern die rechte Szene ganz besonders deutlich beleuchtet.

Aus den anderen Ländern ist das so nicht bekannt. In Kassel selbst ergaben sich – das muss man hinzufügen – keine konkreten Anknüpfungspunkte für einen rechten Hintergrund der Tat.

Frage 18: Wieso wurde trotz der Tatsache, dass es sich bei den Opfern der Mordserie um ausländische Opfer handelte und zunächst angenommene Einzelfallbesonderheiten zu keinem Ermittlungsergebnis geführt hatten, von den hessischen Ermittlungsbehörden nicht in Richtung

a) Ausländerfeindlichkeit;

b) Rechtsradikalismus

ermittelt?

Hierzu verweise ich auf das, was ich zur vorhergehenden Frage 17 gesagt habe.

Frage 19: Sollte entgegen der Beantwortung der Fragen 18 und 19 ein Ermittlungsansatz zu einem ausländerfeindlichen oder rechtsgerichteten Tathintergrund verfolgt worden sein, seit wann und aus welchen Gründen wurden diese Ermittlungen nicht fortgeführt?

Wer hat entschieden, dass in dieser Richtung nicht weiter ermittelt werden sollte?

Auch hierzu verweise ich auf das, was ich auf *Frage 17* geantwortet habe.

Frage 20: Welche Ermittlungsansätze haben die hessischen Ermittlungsbehörden in Bezug auf die Tötung des Kasseler Internetcafé-Betreibers seit 2006 verfolgt?

Sie wissen, dass es die BAO „Bosporus“ gegeben hat. In Absprache mit dieser BAO „Bosporus“ wurden alle die Gesamtserie betreffenden Ansätze auch in Kassel verfolgt. Darüber hinaus wurde Ansätzen, die sich aus den Ermittlungen im privaten Umfeld bzw. Informationen aus dem geschäftlichen Umfeld des Geschädigten ergaben, nachgegangen.

Frage 21: In welcher Weise wurden die hessischen Ermittlungsbehörden über die Ermittlungsstände und -ansätze in Zusammenhang mit den übrigen Einzeltaten der Mordserie informiert?

Die Staatsanwaltschaft Kassel war im Wesentlichen mit dem Kasseler Fall befasst. Soweit es sich um Fragen handelte, die die Gesamtserie betrafen, wurden die Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft in Nürnberg geführt, die für fünf der Taten zuständig war.

Auf der polizeilichen Ebene hat ein ständiger Austausch stattgefunden. Er wurde insbesondere durch das Treffen einer sogenannten Steuerungsgruppe organisiert. An dieser Steuerungsgruppe haben insbesondere Vertreter der BAO „Bosporus“ in Nürnberg, der einzelnen Mordkommissionen sowie der beim BKA nach dieser Tatwaffe benannten, eingerichteten Ermittlungsgruppe „Ceska“ teilgenommen. Auf diese Weise fand eine gegenseitige Unterrichtung statt und wurde natürlich auf die Ermittlungshandlungen abgestimmt.

Frage 22: In welcher Weise haben sich die zuständige Staatsanwaltschaft und die ermittelnden Polizeibeamten mit den Ermittlungsbehörden anderer Bundesländer abgestimmt?

Ich verweise auf das, was ich eben geantwortet habe.

Frage 23: In welcher Weise kam es im Rahmen der Ermittlungen seit 2006 über die ursprünglich angenommene Täterschaft des damaligen Verfassungsschutzmitarbeiters zu weiteren Kontakten und einem Informationsaustausch zwischen den nordhessischen Ermittlungsbehörden und dem Landesamt für Verfassungsschutz?

Die Zusammenarbeit betraf die Rolle des Mitarbeiters des Landesamtes für Verfassungsschutz.

Ein weiterer Informationsaustausch war aufgrund des – ich betone: – damaligen Kenntnisstandes nicht geboten.

Frage 24: Zu welchen Ergebnissen führten jeweils die zu den Fragen 21 bis 24 dargestellten Ermittlungsmaßnahmen?

Hier gilt es, zu sagen, dass die Täterschaft einer bestimmten Person nicht ermittelt werden konnte.

Frage 25: Wann und wie häufig wurden

a) die Generalstaatsanwaltschaft und das Justizministerium, einschließlich der politischen Führung,

b) das Landespolizeipräsidium und das Innenministerium, einschließlich der politischen Führung,

über den Verlauf der Ermittlungen informiert?

Zu *a)* kann ich Ihnen heute berichten, dass die Generalstaatsanwaltschaft und das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa, beginnend mit einem Bericht der Staatsanwaltschaft Kassel vom 12. April 2006, kontinuierlich über den Verlauf der Ermittlungen informiert wurden. Die Berichtspflicht wurde im Zuge eines Berichts der Staatsanwaltschaft Kassel vom 24. Oktober 2008 zunächst vorbehaltlich neuer Erkenntnisse als erledigt betrachtet, weil die Ermittlungen bis dahin keine hinreichenden Anhaltspunkte für die Täterschaft einer bestimmten Person ergeben hatten.

Angesichts der aktuellen Ereignisse hat die Staatsanwaltschaft Kassel die Berichterstattung am 15. November 2011, also vor wenigen Tagen, wieder aufgenommen.

Zu *b)* ist zu sagen, dass das Einsatzreferat des Landespolizeipräsidiums durch den Leiter der Mordkommission „Café“ fortlaufend und zeitnah über alle ermittlungsrelevanten Ergebnisse informiert worden ist. Die Hausspitze des Innenministeriums wurde im Rahmen der Vorbereitung der 180. Sitzung der Innenministerkonferenz über die mögliche Thematisierung einer Verfahrensübernahme durch das BKA und eine geplante Erhöhung der Auslobung informiert.

(Abg. Jürgen Frömmrich: Wann war das?)

– Das war am 29. April 2006.

Über den Tatverdacht gegen einen Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz wurde die Pressestelle des Innenministeriums aufgrund einer Presseanfrage sowie die damalige Staatssekretärin Oda Scheibelhuber am 06.07.2006 telefonisch informiert.

Frage 26: In welcher Weise wurde

a) von der Generalstaatsanwaltschaft oder dem Justizministerium, einschließlich der politischen Führung,

b) dem Landespolizeipräsidium oder dem Innenministerium, einschließlich der politischen Führung,

Einfluss auf den Verlauf der Ermittlungen genommen und wie wurde dies jeweils begründet?

Es wurde weder in der Frage zu a) – also durch die Generalstaatsanwaltschaft oder das Justizministerium – Einfluss genommen, noch durch das Landespolizeipräsidium oder das Innenministerium, einschließlich der politischen Führung. Es wurde durch beide kein Einfluss genommen.

Frage 27: Aus welchen Gründen hat der damalige hessische Innenminister und heutige Ministerpräsident Bouffier den Hessischen Landtag und seine Gremien 2006 nicht über die Tatsache informiert,

a) dass und warum gegen einen damaligen Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz zunächst als Beschuldigten in Zusammenhang mit dem Tötungsdelikt in Kassel ermittelt worden war,

b) dass bei dem damaligen Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz bei einer Hausdurchsuchung Hitlers Buch „Mein Kampf“, weitere rechtsextremistische Schriften, Drogen und illegale Munition gefunden worden waren und dieser zudem in dem Ruf stand, eine rechte Gesinnung zu haben?

Jetzt haben wir den Dringlichen Berichts Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch vor uns liegen. Deswegen will ich nur so viel sagen: Zu diesen Fragen werde ich im Zusammenhang mit der Beantwortung dieses Dringlichen Berichts Antrags, die ich gleich noch vortragen werde, alles Notwendige betreffend die Mitarbeit des Hessischen Verfassungsschutzes beantworten.

Wenn Sie damit einverstanden sind, schließe ich das auch gleich an. Dann haben wir nämlich alle Fragen schon beantwortet, und ich würde einfach fortfahren.

Das wird nicht ganz so lange dauern, aber auch ein bisschen. Wir wollen alles ganz akribisch beantworten.

Das ist jetzt der Dringliche Berichts Antrag des Abg. Jürgen Frömmrich und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Mitarbeiter des Hessischen Verfassungsschutzes. Das schließt genau an die letzte Frage an. Deswegen passt es ganz gut.

Lassen Sie mich auch hier eine kleine Vorbemerkung zu den Geschehnissen seitdem machen, weil man die meines Erachtens dann auch ein bisschen einordnen kann.

Der Generalbundesanwalt hat am 11.11.2011 ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, und zwar gegen Beate Zschäpe, wegen Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung im Sinne des Strafgesetzbuches, konkret wegen der Ermordung von acht türkischen und einem griechischen Staatsangehörigen sowie der Ermordung der Polizeibe-

amtin Michèle Kiesewetter und anderen und natürlich auch wegen der Gründung der Vereinigung Nationalsozialistischer Untergrund, NSU. Mit den Ermittlungen wurde das Bundeskriminalamt beauftragt.

Das Tötungsdelikt vom 06.04.2006, über das wir eben gesprochen haben – zum Nachteil Herrn Yozgat in Kassel –, einschließlich der diesbezüglichen Ermittlungen des Landesamtes für Verfassungsschutz, ist Bestandteil dieses Ermittlungsverfahrens.

Die Ermittlungen zu dem Verfahrenskomplex des Mitarbeiters des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Herrn Andreas T., wurden am 21.11.2011, also zehn Tage später, vom Generalbundesanwalt ebenfalls dem BKA übertragen. Daraufhin wurden die diesbezüglichen Ermittlungsakten vom PP Nordhessen dem Bundeskriminalamt ausgehändigt.

Insoweit liegt für Hessen jetzt, im Augenblick, weder eine polizeiliche noch eine justizielle Zuständigkeit vor. Auskünfte zum laufenden Verfahren hat sich – wie das in diesen Fällen üblich ist – der Generalbundesanwalt vorbehalten.

Ausweislich der Sichtung der Protokolle der Innenausschusssitzungen, beginnend nach dem 17.07.2006 bis heute, erfolgte zu dem Mitarbeiter des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Herrn Andreas T., nach dieser Sitzung vom 17.07.2006 keine weitere Berichterstattung im Innenausschuss des Hessischen Landtags.

Der damalige Minister des Innern und für Sport Bouffier hat sich aber – auch das muss hier sehr deutlich unterstrichen werden – an Recht und Gesetz gehalten, als er den Innenausschuss nicht über alle Details, die Sie hier abfragen, informiert hat. Er hat nicht – was Sie hier gerne unterstellen möchten – dem Parlament irgendwelche Informationen vorenthalten.

Um das deutlich zu machen, möchte ich Ihnen sehr gerne Herrn Generalstaatsanwalt Anders, den damaligen Generalstaatsanwalt, zitieren. Er war in dieser Sitzung vom 17. Juli 2006 anwesend. Herr Rudolph und Herr Frömmrich müssten sich erinnern, weil beide – ausweislich des Protokolls – anwesend gewesen sind. Ich würde den Generalstaatsanwalt Anders gerne zitieren. Er sagte:

Ich werte ... nicht zwischen den Rechten und der Wertigkeit von Parlament, Beschuldigtem und Verteidiger, aber es ist ein Faktum, dass in bestimmten Bereichen zurückhaltend mit Informationen umgegangen werden muss.

Er sagte weiter:

Es kann ja auf die Bewertung der Auskunftspflicht eines Ministers, der sich rechtstreuen verhält, indem er sich an die Vorschriften des Geheimschutzes mit allen Nebenfolgen hält, kein anderes Licht werfen, dass plötzlich Informationen in die Presse kommen, die der Minister aus guten Gründen den verschiedenen parlamentarischen Gremien nicht gegeben hat. Der Minister hat sich an das Gesetz gehalten. Teile der Presse haben sich, das muss ich hier leider sagen

– immer noch Zitat –,

eben nicht an das Gesetz gehalten ... Das kann aber noch kein Maßstab dafür sein, was der Minister sagen konnte oder musste. Er hat sich an das Gesetz gehalten.

ten, nämlich keine Informationen ohne Freigabe durch die ermittelnde Staatsanwaltschaft ... herauszugeben.

Ich will fortfahren mit dem, was Herr Anders in dieser Sitzung am 17. Juli 2006 gesagt hat. Ich zitiere weiter:

Detailinformationen, wenn sie auch nur bestätigt werden, können den Ermittlungszweck gefährden. Im konkreten Fall ist das ganz besonders der Fall, weil hier noch mit der Stange im Nebel gestochert wird ... Deswegen wäre schon die Mitteilung, es handele sich um einen Verfassungsschützer, der in seiner Freizeit unterwegs war, zu viel an Informationen gewesen.

Lassen sie mich wiederholen: Dies hat der damalige Generalstaatsanwalt Anders gesagt, der dem damaligen Innenminister, meinem Amtsvorgänger, bescheinigt hat – und zwar, wie ich finde, sehr deutlich bescheinigt hat –, dass er sich durch seine Information an Recht und Gesetz gehalten hat.

Aber nicht nur der damalige Generalstaatsanwalt sagt das, sondern auch der Datenschutzbeauftragte, Herr Prof. Ronellenfitsch.

(Abg. Günter Rudolph: Das ist jetzt aber schon – –)

– Bitte?

Vorsitzender: Wir machen das schön der Reihe nach. Ich bitte die Abgeordneten, sich solange zurückzuhalten, bis sie das Wort haben. – Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister **Boris Rhein:** Also noch einmal: Auch Herr Prof. Ronellenfitsch, der Hessische Datenschutzbeauftragte, bescheinigte dies dem damaligen Innenminister, und zwar in einer Stellungnahme vom 31. Juli 2006, die er an die damalige Staatssekretärin Oda Scheibelhuber gerichtet hat. In seinem Schreiben geht der Datenschutzbeauftragte zum Zeitpunkt der Entscheidung des Innenministeriums, den Landtag nicht zu informieren, von folgender Sachlage aus. Da heißt es unter Punkt 7 seines Schreibens:

Der Beamte des LfV hielt sich ohne dienstlichen Bezug am Tatort auf. Es bestand kein dringender Tatverdacht, weil nach Mitteilung des Vorgangs wäre wegen der konkreten Umstände des Falles eine Identifizierung des Beamten nicht auszuschließen gewesen.

Im Übrigen hätte im laufenden Ermittlungsverfahren die Staatsanwaltschaft die Entscheidungsbefugnis über die Freigabe von Informationen.

Ich will Prof. Ronellenfitsch weiter zitieren, und zwar aus Punkt 8 seines Schreibens:

Unter diesen Umständen war es nicht abwägungsfehlerhaft, den datenschutzrechtlichen Belangen des Beamten Vorrang vor dem Informationsinteresse des Landtags einzuräumen.

Ich habe das jetzt zitiert, um nochmals sehr deutlich vor Augen zu führen, wie die damalige Situation war, in welcher Situation sich die damals Handelnden befunden haben und insbesondere, um nochmals sehr deutlich und sehr klar zu machen, dass der dama-

lige Innenminister – belegt durch den Generalstaatsanwalt und durch den Datenschutzbeauftragten des Landes Hessen – nicht gegen Recht und Gesetz verstoßen hat.

Lassen Sie mich, bevor ich zu den *Fragen 1 bis 7* komme, noch zwei Punkte ansprechen.

Das Ermittlungsverfahren gegen Andreas T. – das ist der Mitarbeiter des Landesamtes – wegen Tötung zum Nachteil von Halit Yozgat wurde am 18. Januar 2007 durch die Staatsanwaltschaft Kassel eingestellt – wir haben schon festgestellt: gemäß § 170 Abs. 2 Strafprozessordnung –, weil kein hinreichender Tatverdacht gegen ihn bestand. In diesem Zusammenhang gibt es die Umschreibung, dass das ein „Freispruch erster Klasse“ ist.

Wenn ein Ermittlungsverfahren gegen einen Mitarbeiter des LfV eingestellt wird, dann kann man, das gestehe ich deutlich zu, grundsätzlich darüber berichten.

(Abg. Nancy Faeser: Aha!)

Es war – auch wenn sich der Sachverhalt heute; das darf man nie vergessen: wir schauen von heute auf den Sachverhalt zurück – bei allem, was zwischenzeitlich bekannt geworden ist, schwierig und dem Umstand geschuldet, dass rund sechs Monate vergangen waren – auch dafür bitte ich einfach um Verständnis: im Innenministerium ereignet sich wahrscheinlich an einem Tag so viel wie in keinem anderen Ministerium in der Breite –, dass einfach eine erneute Berichterstattung versäumt worden ist.

(Lachen der Abg. Nancy Faeser und Günter Rudolph)

So. Damit sind eigentlich die Fragen 1 bis 7 im Wesentlichen beantwortet. Fragen, die über die damaligen Informationen im Innenausschuss hinausgehen, will ich aber trotzdem wie folgt beantworten.

Frage 1: Wann informierte der Innenminister den Innenausschuss über die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen den Bediensteten des Verfassungsschutzes Andreas T.?

Ich glaube, die Frage 1 habe ich mit der Vorbemerkung beantwortet.

Frage 2: Wann berichtete der Innenminister dem Innenausschuss über die Ergebnisse des Ermittlungsverfahrens, welches zur Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Andreas T. führte?

Die Frage 2 habe ich auch mit der Vorbemerkung beantwortet.

Frage 3: Wann berichtete der Innenminister im Innenausschuss über frühere oder aktuelle Bezüge des Andreas T. zu rechtsextremem Gedankengut?

Die Frage 3 auch.

Frage 4: Wann unterrichtete der Innenminister den Innenausschuss über die bei Andreas T. gefundenen Schusswaffen und Munition?

Worum handelte es sich dabei im Einzelnen?

Bei Frage 4 muss ich wiederum die Frage an die Mitglieder der PKV stellen, ob sie damit einverstanden sind, dass ich darüber berichte, wann in der PKV darüber berichtet wurde.

(Abg. Jürgen Frömmrich: In Frage 4 geht es nicht um die PKV!)

– Doch, doch, doch, doch!

(Abg. Nancy Faeser: Der Innenausschuss ist dezidiert gefragt!)

– Ja, ja.

(Abg. Günter Rudolph: Bleiben wir erst einmal beim Innenausschuss!)

– Wenn Sie es nicht wissen wollen, dann beantworte ich das nicht.

(Abg. Jürgen Frömmrich: Doch, ich will das wissen! Aber Sie sollten es nicht vermischen!)

– Also sind alle PKV-Mitglieder einverstanden, dass ich jetzt berichte, was damals berichtet worden ist. Also kann ich es Ihnen auch sagen.

Ich bin jetzt vorsichtig. Man muss vorsichtig sein. Aus unserer letzten PKV-Sitzung ist so viel herausgesickert, dass man darüber auch noch einmal sprechen sollte, und zwar dringend. Denn Sie haben die klare Ansage gemacht, dass sich der Staatsanwalt um die Dinge kümmern wird. Es ist für uns schwierig, wenn aus der PKV Dinge herausickern. Deswegen bin ich hier so vorsichtig.

Die Frage nach den Schusswaffen und nach der Munition ist bereits Gegenstand der PKV-Sitzung am 16. November 2011 gewesen. Wie gesagt, Sie sind einverstanden. Daher kann ich auch mitteilen, um welche Waffen es sich im Einzelnen handelte.

Ich will hinzufügen – und das muss man auch deutlich sagen –: Der Mitarbeiter, dieser Herr T., ist Sportschütze gewesen. Er hat eine Waffenbesitzkarte gehabt, und er ist im legalen Besitz dieser Waffen gewesen. Er hat diese Schusswaffen, um die es ging, legal besessen.

Es ging um einen Revolver Smith & Wesson, Modell 617, Kaliber 22; eine Mehrladerpistole Heckler & Koch, Modell USP Expert, Kaliber 45; eine Mehrladerpistole Beretta, Modell 92, Kaliber 9 mm; Fabricia de Armas, Modell La Coruña, Kaliber – – Das tut jetzt nichts zur Sache; 13 Schrotpatronen und 100 Stück Manövermunition.

Frage 5: Wann unterrichtete der Innenminister den Innenausschuss über den wegen unerlaubten Munitionsbesitzes ergangenen Strafbefehl gegen den Bediensteten des hessischen Verfassungsschutzes Andreas T.?

Wie lautete der Strafbefehl?

Dazu habe ich in der Vorbemerkung etwas gesagt. Sie wissen, weil wir es eben schon besprochen haben, dass das Amtsgericht Kassel am 04.09. einen Strafbefehl wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz erlassen hat, und zwar mit 20 Tagessätzen à 40 €.

Frage 6: Wann informierte der Innenminister den Innenausschuss über die bei Andreas T. gefundenen Betäubungsmittel?

Worum handelte es sich dabei?

Dazu habe ich schon in der Vorbemerkung etwas gesagt. Aber ich habe auch schon in meiner Antwort auf den vorangegangenen Berichtsantrag dazu etwas gesagt. Es war ein älterer Brocken Haschisch, 3,7 g. Hier wurde gemäß § 31a Betäubungsmittelgesetz von der Verfolgung abgesehen.

Frage 7: Wann unterrichtete der Innenminister den Innenausschuss über die Versetzung des Bediensteten des hessischen Verfassungsschutzes Andreas T.?

Lag der Versetzung ein Disziplinarverfahren zugrunde?

Auch hier gilt, was ich in der Vorbemerkung gesagt habe. Der Versetzung von Herrn T. in eine andere Behörde lag nicht das gegen ihn geführte und im März 2007 eingestellte förmliche Disziplinarverfahren zugrunde. Das ist, wie gesagt, eingestellt worden. Der Versetzung lag der dauerhafte Entzug der Ermächtigung zum Umgang mit Verschlussachen zugrunde.

Frage 8: Wann unterrichtete der Innenminister die Parlamentarische Kontrollkommission für den Verfassungsschutz, PKV, über die in den Fragen 1 bis 7 benannten Sachverhalte?

Wenn keine Unterrichtung stattgefunden hat, warum wurde die PKV nicht unterrichtet?

Die Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sind geheim. Deswegen frage ich Sie noch einmal, um mich abzusichern, ob Sie einverstanden sind, dass ich hier Auskunft gebe.

Das sind Sie offensichtlich. – Die PKV des Hessischen Landtags wurde in den Sitzungen am 17. Juli 2006, am 5. Dezember 2006 und am 28. Februar 2007 zum Sachverhalt unterrichtet. Zusätzlich – auch das habe ich bereits berichtet – erfolgte eine schriftliche Mitteilung in dieser Angelegenheit am 17. Oktober 2006.

Das wars. Ich bedanke mich sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender: Schönen Dank, Herr Minister. Jetzt habe ich zwei Wortmeldungen: Herr Kollege Frömmrich, Frau Faeser. – Und Frau Öztürk. – Herr Schaus.

Abg. Jürgen Frömmrich: Herr Innenminister, vielen Dank für die Beantwortung der Fragen – die eigentlich ganz klar sagt, was nicht berichtet worden ist. Ich will das nochmals ganz deutlich sagen, denn Sie haben eine blumige Vorbemerkung vorgeschaltet. Darin haben Sie gesagt, warum das alles – – Und im Blick von heute – – Damals sei das alles ganz anders – – Aber über die Zusammenhänge, die wir hier gerade erörtern, haben Sie dem Innenausschuss nicht berichtet.

Bei Frage 4 habe ich deswegen dazwischengefragt, weil es darin nicht um die Unterrichtung der Kontrollkommission geht, sondern um die Unterrichtung des Innenausschusses.

ses. Auch da stelle ich fest, dass nicht berichtet worden ist. Der Innenminister und jetzige Ministerpräsident hatte seinerzeit gesagt, „dass wir wiederum uns dann äußern, wenn die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen abgeschlossen hat.“ Punkt, Ende.

Jetzt geht es hier auch nicht darum, dass jemand – – Deswegen kann ich auch nicht verstehen, dass Sie die Ausführungen des Generalstaatsanwalts so in den Vordergrund stellen – – Es ging gar nicht darum, dass Sie zum damaligen Zeitpunkt, als die Staatsanwaltschaft noch ermittelt hat, hätten berichten sollen, sondern es ging darum, dass Sie ab dem 18. Januar 2007, nämlich ab dem Zeitpunkt, zu dem die Ermittlungsverfahren von der Staatsanwaltschaft eingestellt waren, hätten berichten können. Deswegen die Frage: Warum ist seinerzeit nicht berichtet worden?

Sie haben mir gesagt, der damalige Innenminister und jetzige Ministerpräsident habe nach Recht und Gesetz gehandelt, und er hätte keine Informationen vorenthalten.

Das bestreite ich ausdrücklich. Herr Innenminister, ich finde wirklich an diesem Punkt hier werfen Sie Nebel. Es geht nicht um die Frage, was vor dem 18. Januar 2007 geschehen ist, sondern es gilt: Ab dem Zeitpunkt, ab dem das Ermittlungsverfahren durch die Staatsanwaltschaft eingestellt worden ist, spätestens ab diesem Zeitpunkt hätten Sie dem Innenausschuss des Hessischen Landtags berichten müssen – der immerhin, da sollte man einmal einen Blick in die Hessische Verfassung wagen, die Hessische Landesregierung kontrolliert. Ich sage immer wieder: Das tun nicht nur die Kolleginnen und Kollegen der Oppositionsfractionen, sondern das tun die Mitglieder des Hessischen Landtags, also auch die, die die Regierung tragen.

Herr Innenminister, im Übrigen, wenn Sie so blumig aus den alten Protokollen zitieren, vom 17.07.2006, dann hätte ich mir gewünscht, dass Sie vielleicht auch die Passage zitiert hätten, in der der seinerzeit in der Opposition befindliche Fraktionsvorsitzende der FDP und heutige Justizminister dieses Verfahren kritisiert hat, die Informationspolitik des Ministeriums und auch die Information der Parlamentarischen Kontrollkommission. Wir erinnern uns an die „Bild“-Zeitung von damals. Herr Innenminister, daher muss ich Ihnen leider sagen, dass das, was Sie hier getan haben, das bestätigt, was wir schon befürchtet haben: Dass Sie der Pflicht zur Unterrichtung des Innenausschusses des Hessischen Landtags nicht nachgekommen sind.

Abg. **Nancy Faeser**: Herr Innenminister, ich muss das leider bestärken, was der Kollege Frömmrich von den GRÜNEN gesagt hat. Zu dem, was Sie uns heute beantwortet haben, stelle ich fest, dass es der damalige Innenminister – um mit Ihren Worten zu reden – damals „versäumt“ hat, den zuständigen Innenausschuss zu informieren.

Wir hatten das befürchtet. Denn wir haben versucht, in den Protokollen herauszufinden, warum er es getan hat. Wir haben aber nichts gefunden. Das sprach schon dafür, dass der damalige Innenminister Bouffier das Parlament nicht informiert hat. Das hat sich durch Ihre Antworten jetzt bestätigt. Herr Innenminister Bouffier hat also ausdrücklich versäumt, das Parlament zu informieren, und das über einen Fall – –

Das will ich hier noch einmal sagen, weil das bei Ihrer Beantwortung der Fragen ein bisschen durchgedrungen ist, nach dem Motto: Heute sehen wir die Fälle in einem anderen Licht! – Das stimmt ausdrücklich nicht.

Ich will auch sagen, warum das ausdrücklich nicht stimmt. Bereits damals, 2006, war klar, dass es sich um eine Mordserie handelt. Es ist nicht so, dass erst durch die neueren

Erkenntnisse klar ist, dass es da einen Zusammenhang gibt. Den gab es schon damals. Den gab es ausdrücklich schon damals. Deswegen gab es doch diese gemeinsamen Arbeits- und Steuerungsgruppen, auch mit anderen Bundesländern.

Deswegen ist es so ärgerlich, dass Sie heute so tun, als wenn wir heute alles in einem anderen Licht sehen würden. Schon damals, zu diesem Zeitpunkt, gab es riesige Schlagzeilen, die Zusammenhänge mit den anderen Mordfällen in anderen Bundesländern hergestellt haben. Und dennoch hat der Innenminister das Parlament schlicht nicht darüber informiert! Das ist wirklich unglaublich! Das hat sich heute durch Ihre Antworten bestätigt.

Ich habe noch eine Reihe offener Fragen, die Sie meines Erachtens nicht hinreichend beantwortet haben. Das bezieht sich auf die Frage 5c) – warum keine Anhaltspunkte im rechtsextremistischen Bereich gesehen wurden und warum nicht ermittelt wurde. Das erschließt sich mir immer noch nicht.

Sie haben jetzt den Hinweis gegeben, es gab in dieser Arbeitsgruppe „Bosporus“ diese zwei Theorien, einmal auf Einzeltäter, und die Bayern hätten im rechtsextremistischen Bereich ermittelt, die Hessen aber nicht. Warum nicht? Noch einmal die Frage: warum die Hessen nicht? – Das erschließt sich mir bis heute nicht: Warum haben die Hessen nicht eigenständig in diesem Bereich ermittelt? Das haben Sie nicht beantwortet!

Sie haben sogar noch den Hinweis auf diese Arbeitsgruppe gegeben. Das erschließt sich mir ausdrücklich nicht.

Zu Frage 16 haben Sie gesagt, dass die Staatsanwaltschaft das gar nicht weiter verfolgt hat, mit dem rechten Hintergrund beim Verfassungsschützer. Ich möchte ausdrücklich wissen: Wer hat noch mitentschieden, dass in diesem Bereich nicht weiter ermittelt wird? War das wirklich nur die Staatsanwaltschaft? Oder war es auch die Polizei? Waren es auch die beteiligten Ministerien – das Landespolizeipräsidium –, die mitentschieden haben, in diesem Bereich nicht zu ermitteln?

In Ihrer Beantwortung haben Sie gesagt, dass die permanent in die Informationen eingebunden waren. Deswegen schon noch einmal der Hinweis und die Frage: Warum wurde in diesem Bereich nicht ermittelt?

Wir haben es hier mit einem Tatopfer mit Migrationshintergrund zu tun gehabt. Wir haben eine ähnlich gelagerte Serie in der gesamten Bundesrepublik gehabt. Da lag der Verdacht auf einen rechtsextremistischen Hintergrund sehr nahe. Aber trotzdem ist dort nicht ermittelt worden. Ich frage noch einmal: Warum haben die hessischen Behörden – darum geht es uns hier vor allen Dingen – in diesem Bereich nicht ermittelt? Warum gab es von allen beteiligten Behörden nie einen Hinweis darauf, vielleicht in dieser Hinsicht noch einmal zu verstärken? Es handelt sich hier um fünfjahrelange Ermittlungen. Es ist nicht so, dass danach nie wieder etwas passiert ist.

Herr Minister, da frage ich auch noch einmal nach: Ist es richtig, dass nach der Einstellung des Ermittlungsverfahrens durch die Staatsanwaltschaft – – Da ging es konkret um den Verfassungsschützer. Aber danach ist doch weiter ermittelt worden? Die zuständige Mordkommission hat in dem Mordfall doch weiter ermittelt? Der war ja noch nicht aufgeklärt. Bis heute.

Minister **Boris Rhein**: Die Mordkommission „Café“ hat weiter ermittelt.

Abg. **Nancy Faeser**: Genau, die Mordkommission „Café“ hat weiter ermittelt. Deswegen frage ich: Warum in all den Jahren nicht? Wer war, noch einmal, eingebunden, in die Entscheidung, gar nicht weiter zu ermitteln und das Verfahren einzustellen?

Das alles sind Fragen, die noch offengeblieben sind.

Minister **Boris Rhein**: Ich will eines hier sehr deutlich sagen: Das ist jetzt kein Informationsjahrmarkt! Ich bitte sehr um Verzeihung. Ich habe das eingangs gesagt.

Was ich Ihnen vorgetragen habe, ist – Komma für Komma, Buchstabe für Buchstabe – mit dem Generalbundesanwalt abgestimmt. Ich habe überhaupt keine Befugnis, hier Auskünfte zu geben. Wir sind aus diesem Verfahren heraus. Der Generalbundesanwalt ermittelt und bedient sich dabei des BKA.

Das ist ein Grenzgang, den ich gehen würde, wenn ich Ihnen auch nur eine mündliche Antwort geben würde. Sie erhalten von mir alles. Alles, was Sie wissen wollen, müssen Sie aufschreiben. Ich muss das dann mit dem Generalbundesanwalt abstimmen. Dann kann ich es Ihnen beantworten.

Ich will das nur sagen – nicht dass Sie jetzt sagen: „Der mauert!“ oder irgendetwas. Das ist ein echter Grenzgang. Ich bin nicht bereit, mich auf das Risiko einzulassen. Das ist mir zu riskant.

Deswegen wirklich: Wenn Sie zusätzliche Fragen zu dem haben, was ich Ihnen beantwortet habe: Ich muss jede einzelne Frage schriftlich beim Generalbundesanwalt, insbesondere jede Antwort, freigeben lassen.

(Abg. Nancy Faeser: Ein Hinweis dazu!)

Vorsitzender: Frau Öztürk, Sie haben das Wort.

Abg. **Mürvet Öztürk**: Vielleicht kann man noch kurz den Hinweis von Frau Faeser hören? – Okay, es ist eine kurze Frage. Einmal möchte ich kurz festhalten, dass der Halit Yozgat, von dem wir hier sprechen, der erschossen worden ist, ein deutscher Staatsbürger ist. Auch wenn wir die ganze Zeit von einem „türkischen Internetbetreiber“ sprechen: Dieser junge Mann ist deutscher Staatsbürger gewesen und hat, soweit ich weiß, in der Abendschule seinen Realschulabschluss oder sein Abitur nachgeholt. Er hat mit seinen Eltern gemeinsam dieses Café betrieben.

Daher möchte ich gerne zu Punkt 2 eine Nachfrage stellen – ob die Antwort möglich ist, werden wir sehen: In wiefern wurde eine Gegenüberstellung der Aussagen der Eltern mit der Aussage des Verfassungsschutzbeamten gemacht?

Denn schon damals haben die Eltern ganz klar gesagt, dass der Verfassungsschutzbeamte nicht immer alleine kam, sondern auch einmal in Begleitung gekommen sein soll und in der Regel einen längeren Aufenthalt in diesem Café hatte.

Minister **Boris Rhein**: Alles laufende Ermittlungen!

Abg. **Mürvet Öztürk:** Alles laufende Ermittlungen? – Okay.

Minister **Boris Rhein:** Alles laufende Ermittlungen! Schreiben Sie mir das bitte auf. Das wird in Abstimmung mit dem Generalbundesanwalt beantwortet. Das sind laufende Ermittlungen.

Abg. **Mürvet Öztürk:** Werden denn die Eltern noch einmal vernommen werden?

Minister **Boris Rhein:** Ich führe nicht die Ermittlungen, ich bin nur Innenminister!

Vorsitzender: Herr Schaus, Sie haben das Wort.

Abg. **Hermann Schaus:** Ich würde gerne Frau Faeser verlassen, damit sie noch einmal direkt fragen kann.

Vorsitzender: Die Frau Faeser ist noch lange nicht dran! Da müsst ihr erst den Herrn Rudolph fragen.

Abg. **Hermann Schaus:** Jetzt wollte ich Gentleman sein – wieder nichts, okay.

(Abg. Nancy Faeser: Ich nehme das zur Kenntnis und freue mich!)

Herr Minister, eingangs haben Sie gesagt, der Begriff „Ermittlungsspannen“ würde diesem Fall nicht gerecht. Da möchte ich Ihnen zustimmen. Aber ich glaube, Ihre Auffassung geht in eine ganz andere Richtung, als meine, was die Begrifflichkeit betrifft.

Minister **Boris Rhein:** Herr Schaus, das ist aber doch kein Wunder!

Abg. **Hermann Schaus:** Ich möchte das einmal dahingestellt sein lassen. Da Sie jetzt ausdrücklich diese Erklärung abgegeben haben, möchte ich Sie ausdrücklich nur zu solchen Dingen fragen, die nicht mit dem laufenden Verfahren zu tun haben.

Ich beziehe mich auf die Arbeit im Landesamt für Verfassungsschutz. Wir wissen jetzt: Es gab in diesem Fall zumindest einen Mitarbeiter, der ein Waffennarr war, der hat – wenn auch in kleinen Mengen – Drogen besessen, und der hat einen rechten Hintergrund, zumindest, wie Sie es dargestellt haben, aus seiner Jugendzeit.

Jetzt wüsste ich ganz gerne einmal: Wie ist denn das mit den Sicherheitsüberprüfungen von Mitarbeitern des Landesamtes für Verfassungsschutz? Wird das bei der Einstellung vorgenommen? Oder wird das in regelmäßigen Abständen vorgenommen? Inwieweit wird bei dieser besonderen Art der Tätigkeit in die Vergangenheit zurückgeschaut und die auch bewertet? Mit anderen Worten: War Ihnen das zur Einstellung – die erfolgte wohl am 01.04.1995, soweit ich das weiß – – War Ihnen dessen „jugendliche“ politische

Einstellung – ob sie es noch ist, lassen wir einmal dahingestellt – bekannt? Oder wurde die zumindest einmal überprüft? – Das ist meine erste Frage.

Die zweite Frage. Sie haben gesagt, der Mitarbeiter wäre in den Bereichen Observation, Ermittlungen und Beschaffungen tätig gewesen. Dass er keine Bleistifte beschafft hat, kann ich mir denken. Ich wüsste aber doch gern einmal konkreter, was das heißt: Wer oder was wurde da observiert? In welcher Weise war er in Ermittlungen – um das beurteilen zu können! – tätig? Was ist denn da beschafft worden?

Die dritte Frage bezieht sich auf die seinerzeitige Entscheidung: Sie haben dargestellt, dass die Hausspitze – das war die Antwort auf die Frage 25 – im Rahmen der Vorbereitungen der 180. Innenministerkonferenz im April 2006 eine Debatte über die Abgabe des Vorgangs an das BKA geführt habe. Das interessiert mich jetzt brennend. Wenn die Hausspitze eingeschaltet war, dann wüsste ich ganz gerne: Wer und aus welchem Grund hat seinerzeit entschieden, diesen Vorgang nicht an das BKA abzugeben?

Minister **Boris Rhein**: Ich will es noch einmal deutlich machen: Die Unterstellung von Ermittlungsspannen – wie Sie das noch einmal wiederholt haben – wird der wirklich engagierten Arbeit von Polizei und Justiz einfach nicht gerecht! Man muss auch immer ein bisschen schauen, wie weit man in der politischen Argumentation geht.

Ich möchte es wirklich unterstreichen: Bis heute wird und wurde jede sich bietende Spur zur Aufklärung dieser Delikte intensiv abgeklärt, und zwar in engster Zusammenarbeit mit den jeweils verantwortlichen Mordkommissionen der Länder und auch dem BKA. – Das zu Punkt 1.

Ob der ein „Waffennarr“ ist oder nicht, das haben Sie jetzt bewertet. Herr Schaus, der Mann ist Sportschütze. Wenn jeder, der Waffen hat – ich glaube, unter uns sind auch Jäger – ein „Waffennarr“ ist, dann würden sich Betroffene durchaus falsch dargestellt sehen. Das kann ich nicht beurteilen: ob er ein „Narr“ gewesen ist. Jedenfalls war er ein Sportschütze und ist legal im Besitz von Waffen gewesen. Er ist nicht legal im Besitz der Munition gewesen.

Was die Drogen betrifft – ich glaube, das waren 3,7 g altes, zerbröckeltes Haschisch.

(Abg. Horst Klee: Ein Brocken!)

Das ist ein echter Fall von § 31a Betäubungsmittelgesetz. Dass ein Abgeordneter der Linkspartei versucht, daraus etwas aufzublasen – ich glaube, das passt nicht so ganz ins Parteiprogramm!

(Abg. Jürgen Frömmrich: „Aufblasen“ ist verkehrt!)

Sie haben doch eine ganz andere Programmatik.

Wie die Sicherheitsüberprüfungen im LfV ablaufen, das sagt am besten Herr Desch oder Frau Rieband – das entscheiden die, wie sie es machen. Ich kann jedenfalls nur sagen: Das ist regelmäßig. Aber die beiden können das weitaus besser darstellen.

Was die Kenntnis dieser rechten Vorwürfe betrifft, das beantworten am besten auch die beiden. Nach meinem Wissen ist es so, dass die Spitze des LfV erst jetzt davon Kenntnis

erlangt hat: rechte Vorwürfe. Das muss man prüfen. Das müssen sie beurteilen, wie sie es verantworten können.

Was die 180. Sitzung der Innenministerkonferenz betrifft, ist es so, dass durch die Polizeiabteilungsleiter – nicht durch die Hausspitze; bei uns heißt das „Polizeipräsident“ – der Länder Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Hessen und Bayern – – Herr Münch, können Sie das darstellen? – Wunderbar, dann stellen Sie das einfach dar, bevor ich irgendeinen Fehler machen.

Ich glaube, das ist es gewesen, was Sie, Herr Schaus, mich gefragt haben, oder? – Okay, alles klar. Dann möchte ich die Herren bitten, das zu übernehmen.

P LfV **Desch:** Die Sicherheitsüberprüfungen finden nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz statt. Sie sind auch in diesem Fall erfolgt. Sie haben keine Erkenntnisse für irgendwelche extremistische Gesinnungen ergeben, weder rechts noch links.

Mehr kann ich dazu jetzt nicht sagen. Eventuell kann ich in der PKV noch das eine oder andere ausführen.

(Abg. Hermann Schaus: Regelmäßig? Können Sie etwas zum Zeitplan sagen?)

Im Hinblick auf die extremistischen Neigungen hat der Minister vorhin durchaus betont: Diese Ergebnisse lagen uns beim LfV im Zusammenhang der Jahre 2006 ff. nicht vor. Sie sind erst jetzt fruchtbar geworden, auch durch die Medien. Andererseits haben die Ermittlungen der Polizei auch bestätigt, dass das – Stichwort „klein Adolf“ – etwas war, das in die Kindheit und in die Jugendzeit zurückgegangen ist. Das hat der Minister vorhin auch vorgetragen.

Wo war er tätig? Auch das wurde in der Antwort aufgeführt: Zunächst war er im Bereich der Observation tätig. Observationen finden in allen Phänomenbereichen Extremismus statt. Anschließend hat er nach einem Wechsel nach Nordhessen zunächst als Ermittler gearbeitet. Zum Schluss war er als Beschaffer tätig. Das heißt, er war als V-Mann-Führer eingesetzt. Auch das hat Minister Rhein schon deutlich gemacht.

LPP **Münch:** Zunächst zur 180. Sitzung. Aus der Auswertung der Akten ergibt sich, dass sich die Länder im Zusammenhang mit der Mordserie damals abgestimmt haben, was das Verfahren anbelangt. Man hat sich dann für die Organisation entschieden, wie wir sie gewählt haben.

Ich denke, das war der Tatsache geschuldet, dass allein in Bayern fünf Morde stattgefunden haben. Deswegen hat man gesagt, wir lassen die Verfahrensführung im Wesentlichen in Bayern.

Diesbezüglich wurde das BKA mit eingebunden, weil es insbesondere um Auslandsermittlungen ging: Woher stammt die Tatwaffe, also die Ceska? Diesbezüglich wurde das BKA mit eingebunden. Das hat dann die Gesamt-BAO abgebildet, wie wir sie heute kennen.

Abg. **Günter Rudolph:** Herr Innenminister, Sie haben eben ernsthaft behauptet, dass die Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane kein Problem sei. Wovon reden wir denn hier eigentlich?

Das ist eine zentrale Frage, die wir zu klären haben: ob die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern nicht an einer eklatanten Stelle versagt haben! Und Sie stellen sich ernsthaft hierhin und sagen, das sei alles toll und prickelnd gewesen? Da passieren Morde, eine Mordserie – und dabei wird z. B. nicht ermittelt, dass es dazu möglicherweise einen rechtsextremen Hintergrund gibt? Man hat sich stattdessen auf „mafiose Strukturen“ kapriziert und auf „Ausländerkriminalität“. Sie blenden einen bestimmten Bereich aus.

Um genau diese Frage geht es, auch in den anderen betroffenen Bundesländern und auf Bundesebene. Natürlich haben wir es auch mit der Konkurrenzsituation zu tun: Warum konnte dann nicht beispielsweise das Bundeskriminalamt den Fall übernehmen?

Sich ernsthaft hier hinzustellen und zu sagen, das sei alles ganz toll gelaufen, das halte ich für eine abenteuerliche Bemerkung.

Wenn Sie dann sagen: „altes Haschisch“ – oder „junges Haschisch“, was weiß ich: Das sind alles bemerkenswerte Dinge! Oder man hätte Auszüge aus „Mein Kampf“ aus seiner Kindheit oder Jugendzeit gefunden: Na ja, das müsste man auch noch ein bisschen vertiefen.

Sie haben gesagt, in der Parlamentarischen Kontrollkommission hätte der Innenminister informiert. Das wollen wir gleich einmal klarstellen: Der hat gar nicht informiert, weil er kein Mitglied war, sondern die Staatssekretärin. Aber trotzdem ist er politisch verantwortlich.

Was wurde denn da gesagt? Es entsteht hier der Eindruck, alle seien umfassend informiert. Aber sowohl im Innenausschuss als auch in anderen Gremien – ich will es einmal so formulieren, ein bisschen vorsichtig – habe ich nach fünf Jahren nicht den Eindruck, dass wir jemals irgendwann einmal in einer entscheidenden Phase über rechtsextremistische Hintergründe oder rechtsextreme Dinge von Herrn Innenminister Bouffier informiert worden seien, jemals! Mit allen Vorbehalten – denn wenn ich es jetzt, nach fünf-einhalb Jahren, beeiden müsste, dann hätte ich wahrscheinlich ein Problem. Aber ich bin mir ziemlich sicher, dass wir dann eine ganz andere politische Diskussion gehabt hätten.

Deswegen: Wenn Sie das Protokoll vom 17. Juli 2006 genau durcharbeiten: Der damalige Innenminister Bouffier hat überhaupt nicht informiert.

Ich nehme hier zur Kenntnis, dass Sie den Datenschutz hoch ansiedeln. Daran werden wir Sie gelegentlich erinnern – wenn es Ihnen wieder einmal nicht passt. Der hat über diese ganzen Vorkommnisse überhaupt nicht informiert. Die Sondersitzung der Kontrollkommission wurde nicht vom Herrn Innenminister angeregt, sondern das kam aus den parlamentarischen Gremien: nämlich von allen drei Oppositionsparteien.

Herr Innenminister, deswegen: Herr Bouffier hat damals nicht aufgeklärt. Er hat verschleierte. Nach Ihren Ausführungen, nach Ihren Beantwortungen dieser Fragen muss ich deutlich sagen: Offensichtlich war man auf dem rechten Auge blind. – Das ist die Erkenntnis, die ich aus Ihren Äußerungen erhalten habe.

Minister **Boris Rhein**: Herr Abgeordneter, ich muss sagen: Ich verbitte mir das!

(Abg. Günter Rudolph: Das ist Ihr Problem!)

Ich verbitte mir das: dieser aus CDU und FDP bestehenden Hessischen Landesregierung vorzuwerfen, wir seien auf dem rechten Auge blind. Wir haben einen derartigen Strauß an Maßnahmen gegen rechts – deswegen sollten Sie sich das gut überlegen –, unterfüttert mit Geld, mit Leistungen und einem Engagement von vielen Menschen, die dahinterstehen, und zwar nicht nur Regierungsstellen. Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, Kommunen dieses Landes, Schulen dieses Landes stehen dahinter. Sie sollten sich überlegen, ob Sie diesem Land wirklich vorwerfen, wir seien auf dem rechten Auge link – wir seien auf dem rechten Auge blind.

(Heiterkeit)

Es kommt noch eines hinzu. Vergleichen Sie doch einmal die Aussteigerprogramme: unser IKARus-Programm, 52 Aussteiger, die wir aus der rechten Szene herausgelöst haben! Informieren Sie sich einfach, bevor Sie solche Dinge aufstellen, wie Sie sie hier aufstellen.

Es kommt noch ein Weiteres hinzu: Ein gemeinsames Informations- und Austauschzentrum, wie wir es haben, gibt es sonst nirgendwo. Das zum Thema Zusammenarbeit von Verfassungsschutzämtern und Polizei!

Es kommt noch eines hinzu, und das verbitte ich mir ganz persönlich: Ich habe niemals gesagt: „Das ist toll und prickelnd gewesen!“ Ich habe niemals gesagt, das sei toll und prickelnd gewesen. Das ist Ihre Wortwahl. Ich glaube, das ist im Zusammenhang mit einer solchen Straftat unangemessen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Günter Rudolph)

„Toll und prickelnd“ – ich habe das nicht gesagt.

Ich sage ich Ihnen noch eines. Ihr damaliger Bundesinnenminister Otto Schily hat noch nach dem Bombenanschlag in einer überwiegend von türkischen Einwohnern bewohnten Straße in Köln im Jahre 2004, bei dem 22 Menschen durch die Nägel einer Nagelbombe verletzt worden sind, gesagt: Da gibt es keinen ausländerfeindlichen Hintergrund, da gibt es überhaupt gar nichts im Zusammenhang mit fremdenfeindlichen oder terroristischen Motiven! – Das war Otto Schily, der das mit einer derartigen Wucht gesagt hat. Jeder von uns, der Otto Schily kennt, der weiß, mit welcher apodiktischen Kraft er das gesagt hat. Er hat es einfach vom Tisch weggewischt. Otto Schily ist nicht Mitglied der Christlich-Demokratischen Union, und er hat auch nichts mit meinem Amtsvorgänger zu tun. Das war Ihr Innenminister!

Er hat noch eines hinzugefügt – und das finde ich so verwerflich: Er hat Auseinandersetzung im kriminellen Milieu gefunden – und er hat damals die These der „Dönermorde“ angefeuert. Das ist Otto Schily gewesen. Die „Dönermorde“ und diese verwerfliche – – Das, was Sie, Herr Schaus, damals im Parlament gesagt haben, ist das gewesen, was Otto Schily in die Welt gesetzt hat: es seien Taten im kriminellen Milieu gewesen.

Daher finde ich, dass ein SPD-Abgeordneter im Hessischen Landtag sich mit den Bewertungen sehr zurückhalten sollte, die Sie, Herr Rudolph, heute hier abgegeben haben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Günter Rudolph: Das müssen Sie schon mir überlassen, was ich hier sage!)

Vorsitzender: Das Wort hat der Kollege Frömmrich. – Ich will nur einmal die Rednerliste bekannt geben.

(Wortmeldung der Abg. Nancy Faeser)

– Ja, ja, ja, es geht heute der Reihe nach, nicht nach Schönheit! – Der Kollege Frömmrich, dann kommen die Frau Faeser, der Herr Greilich, der Herr Bellino und die Frau Öztürk. So. – Und der Herr Schaus.

(Abg. Nancy Faeser: Unglaublich!)

Abg. **Jürgen Frömmrich:** Herr Vorsitzender, diesen Hinweis auf die Schönheit nehme ich Ihnen übel!

Ich will nochmals nach der Zeitschiene fragen, die der Innenminister hier angesprochen hat. Denn ich glaube schon, man muss sich vielleicht die Daten nochmals vor Augen führen: wie das abgelaufen ist und warum.

Die Frage, die noch zu klären ist und die für mich hier im Vordergrund steht, ist die Frage der parlamentarischen Kontrolle und der Information und warum nicht informiert worden ist. Das ist mein vordringlichstes Interesse.

Die Dinge, die die neuesten Ermittlungen der Bundesanwaltschaft angehen, dazu hat der Innenminister etwas gesagt. Was wir aber hier natürlich erfragen können – und ich verstehe nicht, warum Sie sich da so hartleibig tun, Herr Innenminister: Über das abgeschlossene Ermittlungsverfahren, das die Staatsanwaltschaft Kassel eingestellt hat, darüber – Herr Innenminister – unterhalten wir uns in diesem Zusammenhang sehr wohl. Es geht in diesem Kontext nämlich genau um die Frage der Unterrichtung.

Da sage ich Ihnen – – Nochmals die Zeitschiene: 6. April 2006 der Mord in Kassel; am 12. April 2006 „kontinuierliche Berichterstattung“ – das haben Sie gerade auf die Frage 25 a) der SPD gesagt – der Staatsanwaltschaft, „kontinuierliche Berichterstattung“; am 29. April 2006 Vorbereitung der Innenministerkonferenz – und dazu haben Sie gesagt, dass die Hausspitze in diese Vorbereitung auch involviert war. Im Übrigen ist das auch im Internet nachzulesen: dass der damalige Innenminister Günther Beckstein sehr stark darauf gedrungen hat, dass die Ermittlungen nicht an das BKA abgegeben werden, sondern im Bundesland Bayern verbleiben. Das können Sie nachlesen. Wenn man ein bisschen googelt, erkennt man das.

Hier stellt sich aber die Frage: 26. April 2006 Unterrichtung – also die Staatssekretärin und damit auch die Spitze des Hauses in der Vorbereitung der IMK waren im Bilde –, was da passiert ist und was dort angetroffen worden ist, welche Dinge dort gefunden wurden.

Dann berichten Sie am 17.07. – also April und dann am 17.07. – 2006 in der Parlamentarischen Kontrollkommission über den Verfassungsschutz. Und da sagen Sie von dem, was Ermittlungsverfahren waren, was das Finden von rechtsextremem Schriftgut, was das Finden von Waffen – egal, wie man die einordnet, auch wenn die legal gewesen wären, ist das für die Beurteilung in einer solchen Situation – – Wir haben es hier mit ei-

nem Mordfall zu tun gehabt, um das noch einmal deutlich zu machen. Das wäre etwas gewesen, über das man hätte berichten können, müssen. Denn es lag zu diesem Zeitpunkt vor. Die Drogenfunde waren klar. Die Staatsanwaltschaft hat am 10.07.2006 – also eine Woche vor dem Zusammentreten der PKV – einen Bericht abgegeben. Das wurde uns berichtet. In der PKV wurde vereinbart, dass das öffentlich berichtet werden darf, weil es im Zusammenhang mit einem abgeschlossenen Ermittlungsverfahren steht. Damals hat die Staatsanwaltschaft in Richtung Wiesbaden berichtet – und sie hat auch über vage rechtsextreme Tendenzen dieses Mitarbeiters des Verfassungsschutzes berichtet. Das war eine Woche vor dem Zusammentreten der Parlamentarischen Kontrollkommission und des Innenausschusses des Hessischen Landtags.

Und Sie haben gerade einmal gar nichts berichtet, und zwar in beiden Gremien nicht!

(Abg. Günter Rudolph: So ist es!)

Wenn Sie sich auf den Quellenschutz beziehen – wofür ich sehr viel Verständnis habe –, wenn es darum geht, aktive Quellen und anderes zu schützen: Dann hätten Sie das in der Parlamentarischen Kontrollkommission, im Geheimschutzgremium, berichten sollen. Denn dieses Geheimschutzgremium kann nur dann kontrollieren, wenn ihm die Tatsachen aus Ihrem Hause oder aus dem Landesamt für Verfassungsschutz berichtet werden. – Das aber sehe ich gerade einmal nicht.

Sich dann hierhin zu stellen und dann noch zu behaupten – das finde ich wirklich die Chuzpe vorneweg –, der ehemalige Innenminister und jetzige Ministerpräsident habe „nach Recht und Gesetz gehandelt“ und keine Informationen vorenthalten, das ist geradezu absurd – wenn Sie sich einmal die Zeitschiene anschauen, die ich Ihnen gerade vorgelesen habe. – Das einmal als Vorbemerkung.

(Zuruf des Abg. Holger Bellino)

– Herr Bellino, es ist alles gut, auch für Ihren Blutdruck!

(Abg. Holger Bellino: Meiner ist in Ordnung – überprüf einmal deinen!)

– Meiner ist in Ordnung.

Das mit dem „kleinen Adolf“ ist ja wohl auch – –

(Zuruf)

– Bist du fertig? – Das mit dem „kleinen Adolf“. Es gibt ja die Untersuchung, wenn ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes eingestellt wird, dann werden andere Dinge getan als nur geprüft, ob er rechnen, schreiben und lesen kann. Das hat Präsident Desch auch gerade gesagt. Da werden die Datensätze, was Geheimdienste angeht, abgefragt, aber auch andere Dinge unternommen.

Im Ort ist es bekannt gewesen, und auch uns ist es mittlerweile bekannt – –

(Zurufe)

– Entschuldigung, das muss dann auch zur damaligen Zeit im Ort bekannt gewesen sein. Auch im Polizeipräsidium in Kassel muss das bekannt gewesen sein, weil dort Mitar-

beiter arbeiten, die den unmittelbar aus dem persönlichen Zusammenhang kennen: aus der Schule, aus dem Schulzusammenhang.

Daher nochmals: Warum war dieser Zusammenhang nicht klar?

Ein weiterer Punkt, den ich gerne noch beantwortet hätte. Vorhin haben Sie erzählt, dass ihm die Geheimschutzdings

(Minister Boris Rhein: Berechtigung!)

– die Geheimschutzberechtigung entzogen worden ist: In welchem Zusammenhang ist denn diese Geheimschutzberechtigung entzogen worden? Wenn Sie dazu noch einmal Stellung nehmen würden.

Ich würde dann noch gerne – das kündige ich jetzt schon an; wahrscheinlich müssen wir es in der Kontrollkommission machen – Sie haben hier den Eindruck erweckt, die Kontrollkommission sei am 17.07.2006, am 05.12.2006, am 28.02.2007 und schriftlich am 17. Oktober 2006 unterrichtet worden. Das haben Sie gerade berichtet. Das erweckt den Eindruck, als wenn sozusagen alle Tatsachen auf den Tisch gelegt worden wären. Der Kollege Rudolph, der damals der Vorsitzende der Parlamentarischen Kontrollkommission war, hat dazu schon das Seine gesagt. Ich möchte in der Parlamentarischen Kontrollkommission ganz genau wissen, was dort seinerzeit berichtet worden ist – damit wir das einmal klarziehen können und hier nicht öffentlich der Eindruck erweckt wird, als seien die Mitglieder der Kontrollkommission seinerzeit in Kenntnis gesetzt worden.

Ich habe gerade einmal nachgefragt: Davon ist nämlich einmal gar nichts bekannt – dem Mitglied, das seinerzeit für uns in der Parlamentarischen Kontrollkommission vertreten war; zumindest nicht von den Dingen, über die wir hier geredet haben. Ich finde schon, deswegen sollte man da ein bisschen Klarheit hineinbringen, auch was die Zeitschiene angeht, die Frage der Kontrolle und die Frage der Kontrollrechte der Parlamentarischen Kontrollkommission und nicht, Herr Innenminister, solche Sprüche hier zu machen wie: Der Vorgänger habe umfangreich informiert und sich nach Recht und Gesetz verhalten.

(Abg. Alexander Bauer: Das war ein Zitat vom Generalstaatsanwalt!)

Abg. **Nancy Faeser**: Herr Innenminister, ich glaube nicht, dass Sie herauskommen, indem Sie auf Politiker anderer Couleur schimpfen. Hier geht es nicht darum, was Politiker zu welcher Einschätzung auch immer wann gesagt haben, sondern hier geht es darum, welche Rolle die Ermittlungsbehörden gespielt haben. Es ist schade, dass ich erst jetzt auf das erwidern kann, was Sie auf meine Fragen gesagt haben, weil das schlicht nicht richtig ist.

Sie haben mir vorgehalten, Sie könnten all meine Fragen nicht beantworten, weil sie nicht schriftlich vorliegen würden und weil alles Wort für Wort mit dem Generalbundesanwalt abgestimmt werden muss. Ich habe lediglich zu Ihrer Beantwortung von Frage 5 c) nachgefragt, und ab Frage 14 unseres Dringlichen Berichtsantrages geht es genau darum. Offensichtlich haben Sie diese Fragen dem Generalbundesanwalt doch schon vorgelegt, und Sie haben sie hier aber nicht beantwortet.

Ich kann Ihnen die Frage 14 vorlesen:

Aus welchen Gründen wurde von den Ermittlungsbehörden die Möglichkeit eines rechtsradikalen Tathintergrundes nicht in Betracht gezogen bzw. nicht weiterverfolgt?

Da können Sie mir hier nicht entgegenhalten, Sie könnten das nicht beantworten, weil Sie das zunächst mit dem Generalbundesanwalt abklären müssen. Das kann ja wohl nicht wahr sein! Ich finde, Sie legen ein seltsames Verhalten an den Tag, indem Sie zunächst den Eindruck vermitteln, Sie würden umfassend informieren, und wenn man dann nachfragt, sagen Sie mir zu dem, was schriftlich vorliegt: „Reichen Sie es schriftlich nach“. Es liegt Ihnen bereits schriftlich vor, und zwar Wort für Wort. Deswegen frage ich Sie erneut: Aus welchen Gründen wurde von den Ermittlungsbehörden in Hessen die Möglichkeit eines rechtsradikalen Tathintergrundes nicht in Betracht gezogen bzw. nicht weiterverfolgt?

Das Gleiche gilt für die Fragen 17, 25 und 27. Warum hatte man die Einschätzung, dass der Verfassungsschützer keinen aktuellen rechtsradikalen Hintergrund mehr hatte? Auch das ist von unseren Fragen bereits abgedeckt. Ich finde es schon sehr merkwürdig, wie Sie sich hier verhalten. Ich formuliere es ganz vorsichtig: Sie haben am Anfang den Eindruck erweckt, Sie würden etwas beantworten. Wenn man zu den Fragen, die Ihnen bereits schriftlich vorliegen, noch einmal nachfragt, weil es nicht beantwortet wurde, bekommt man gesagt, Sie wollen es noch einmal schriftlich eingereicht haben. – Sie bekommen das gerne auch noch einmal alles schriftlich eingereicht. Auch damit habe ich kein Problem. Ich weiß nicht, ob der Sache damit gedient ist. Heute hätten Sie die Gelegenheit, hier zur Aufklärung beizutragen. Es wäre angesichts dessen, was vor fünf Jahren oder vor vier Jahren, wenn man von 2007 ausgeht, dem Abschluss des Ermittlungsverfahrens, schon verschwiegen wurde, gut gewesen, damit heute anders umzugehen.

Minister **Boris Rhein**: Frau Abg. Faeser, ich habe auf Ihre Frage 14 zur Organisationstheorie und zur Einzeltätertheorie berichtet. Beide Theorien sind in diesem Fall zurate gezogen worden. Ich habe dann berichtet – vielleicht haben wir da aneinander vorbeigeredet; deswegen wiederhole ich es noch einmal sehr gerne und lese das vor, was ich berichtet habe, damit keine Unklarheiten bestehen bleiben –: „Die sogenannte Einzeltätertheorie umfasste aus Sicht der ermittelnden Beamten der MK Café insbesondere auch einen Einzeltäter oder mehrere Täter mit fremdenfeindlicher Motivation.“

(Abg. Nancy Faeser: Dann jetzt die Frage: Warum wurde das nicht weiterverfolgt?)

– Frau Abgeordnete, Moment, ich bin noch gar nicht fertig: „Weitergehende Ermittlungsansätze zu einem rechtsradikalen Hintergrund, die hätten weiterverfolgt werden können, ergaben sich auch unter Einbeziehung der Erkenntnisse des polizeilichen Staatsschutzes seinerzeit nicht.“

Dass wir heute alle klüger sind, ist völlig klar. Ich glaube, das muss man einfach auch zugestehen. Es ist damals also klipp und klar in Erwägung gezogen worden. Aber es sind zum damaligen Zeitpunkt keine Ansätze vorhanden gewesen, um zu sagen: Hier geht es weiter; wir ermitteln weiter in diese Richtung. – Ich will mich gar nicht mit Ihnen darüber streiten, ob es besser gewesen wäre, wenn man weitergemacht hätte oder nicht. Aber was ist denn, wenn man dazu kommt, dass es keine weitergehenden Ermittlungs-

ansätze, jedenfalls zum damaligen Zeitpunkt, gegeben hat? Da ist auch für die Ermittler eine Mauer. Da ist für die Ermittler Ende.

Ich habe das mit Otto Schily nicht gesagt, um Günter Rudolph zu ärgern

(Abg. Günter Rudolph: Das können Sie auch gar nicht!)

– das weiß ich doch; wir sind über das Stadium doch schon längst hinaus; das hat nichts mit SPD und CDU zu tun, das gestehe ich auch deutlich zu –, sondern ich habe das gesagt, um deutlich zu machen, dass man zum damaligen Zeitpunkt, egal wo, in welchen Kreisen auch immer, diesen Ermittlungsansatz so nicht hatte. Das gilt für diesen Bereich. Das gilt für unseren Bereich. Da ist die Mauer gewesen. Dass wir es aus heutiger Sicht anders sehen, hat damit zu tun, dass wir heute ganz andere Informationen haben. Das ist der Grund. Ich will uns nur davor warnen, zu sagen: „Heute wissen wir es besser. Hätten wir es damals anders gemacht.“ Es gab damals keinen weiteren Ermittlungsansatz. Das ist das Problem.

Abg. **Wolfgang Greilich:** Ich will versuchen, ein bisschen zu sortieren. Ich will zunächst in einem Punkt Herrn Kollegen Rudolph absolut zustimmen, der darauf hingewiesen hat, dass es bei der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden in dieser Mordserie sicherlich erhebliche Probleme gegeben hat. Ich möchte allerdings auch sagen: Der Krisengipfel Rechtsextremismus, der vor knapp 14 Tagen getagt hat, hat schon ziemlich deutlich gemacht, dass es solche Probleme insbesondere zwischen der Bundesebene und verschiedenen Länderbehörden gibt. Dabei wird mir nach den Berichterstattungen der letzten Tage und des heutigen Tages ziemlich deutlich, dass sich da sehr viele Fragen sowohl nach Thüringen als auch nach Niedersachsen richten, während ich glaube, dass nach dem, was wir bis jetzt wissen, auch deutlich geworden ist, dass in Hessen konkrete Defizite, was die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden in Hessen, wie aber auch die Zusammenarbeit mit anderen Ländern und mit der Bundesebene angeht, nicht festzustellen sind.

Das ist – deswegen sage ich das eingangs, um es damit für mich als erledigt zu erklären – gar nicht Gegenstand unserer heutigen Berichterstattung. Wir haben zwei Dringliche Berichtsanträge auf dem Tisch. Bei denen geht es im Wesentlichen um zwei Komplexe, zum einen um die Frage: Wie sind die Ermittlungen im Hinblick auf den damaligen Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz geführt worden? – Das andere ist die Frage: Inwieweit hat der damalige Innenminister angekündigte und geschuldete Berichte nicht gegeben?

Was die erste Frage angeht, haben wir sehr ausführlich hier und auch an anderer Stelle, aber hier noch einmal hervorragend zusammengefasst in der Antwort auf den Berichtsantrag, gehört, dass die Ermittlungen betreffend den Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz sorgfältig und komplett geführt worden sind und zu dem Ergebnis der Einstellung des Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft nach § 170 Abs. 2 StPO, also wegen nicht hinreichenden Tatverdachts, geführt haben. Insofern meine daran anschließende Frage – ich hoffe, dass die sich aus den zusammengestellten Antworten beantworten lässt; ansonsten müsste man das nachreichen –: Sind die Ermittlungen gegen den Mitarbeiter des Verfassungsschutzes in irgendeiner Form wieder aufgenommen worden, oder ist es bei der Einstellung geblieben? Gibt es irgendwelche neuen Erkenntnisse, die es rechtfertigen würden, entgegen dem, was wir bislang gehört haben, diese Ermittlungen gegen diese Person wieder aufzunehmen? – Das ist die eine Frage.

Die andere Frage: Es wurde die Aussage des damaligen Innenministers am 17. Juli 2006 im Innenausschuss zitiert. Er hat begründet, warum er damals nicht berichten konnte und wollte: wegen der laufenden Ermittlungen. – Er hat dann angekündigt, er werde berichten, wenn die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen abgeschlossen hat.

Nun haben wir gehört – ich glaube, darauf basiert auch der Berichtsantrag –, dass am 18. Januar 2007, wenn ich das Datum richtig gehört habe, das Ermittlungsverfahren gegen den damaligen Mitarbeiter des LfV eingestellt wurde. Wenn ich aber den Bericht richtig verstanden habe, hat die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen wegen des Tatkomplexes insgesamt damals noch lange nicht eingestellt. Frage: Sind die Ermittlungen, von denen ich annehme, dass sie gegen unbekannt liefen, überhaupt bis zum heutigen Tage eingestellt worden? Oder sind diese Ermittlungen letztlich vom Generalbundesanwalt übernommen worden, nachdem sie weitergeführt worden waren? Konkrete Frage: Wenn diese Ermittlungen in dem Fall Kassel zu irgendeinem Zeitpunkt abgeschlossen waren, wann soll das gewesen sein?

StS **Dr. Rudolf Kriszeleit:** Ich möchte gerne zwei Dinge klarstellen und darf deswegen vielleicht eine Anmerkung von Frau Abg. Faeser und eine Anmerkung von Herrn Abg. Greilich zusammenfassen. Die Ermittlungsverfahren zum Nachteil des Besitzers des Internetcafés können überhaupt nicht im Sinne von § 170 Abs. 2 StPO eingestellt werden, weil es eine Todesermittlungssache ist, die nicht gegen einen bestimmten Beschuldigten geführt wird, sondern zum Nachteil – ich wiederhole mich – des Opfers. Es gab den Verdacht auf Mord. Wie Sie alle wissen, verjährt Mord nicht. Das heißt also, wenn wir in 30 Jahren wissen, wer es gewesen ist, wird die Ermittlung dann gegen einen konkreten Beschuldigten in diesem Sinne wieder aufgenommen. – Das zu der Frage Einstellung oder nicht Einstellung.

Zur zweiten Frage. Der Generalbundesanwalt hat das gesamte Verfahren übernommen. Damit ist die außerordentlich kluge Frage, ob dieses Nachteilsverfahren auch wieder ein teilweises Ermittlungsverfahren gegen eine konkrete Person A, B, C oder D ist, nicht mehr von uns zu beantworten, weil es sich auf ein laufendes Todesermittlungsverfahren bezieht.

Mit diesen beiden Klarstellungen will ich verdeutlichen, dass wir über den gesamten Komplex Internetcafé nichts ausführen können, weil alles, was das Internetcafé und den Vorgang betrifft, der sich da zwischen 17:01 und 17:03 Uhr abgespielt hat, Teil des vom GBA jetzt geführten Ermittlungsverfahrens ist.

Abg. **Holger Bellino:** Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren! Spätestens seit der Wortmeldung des Kollegen Rudolph fragt man sich, auch wenn man das Ganze wohlwollend begleitet, ob es hier darum geht, den früheren Innenminister zu beschädigen, oder ob es tatsächlich primär darum geht, hier Aufklärung zu leisten, um gegebenenfalls schlauer zu werden und die Sicherheitsarchitektur, die hier angesprochen wurde, zu optimieren.

Obwohl jeder, der sich damit auseinandersetzt, weiß, dass nicht nur in Wiesbaden, sondern an allen Ecken der Republik darüber nachgedacht und nachgeforscht wird, ob hier irgendetwas schief gelaufen ist oder ob man etwas hätte besser machen können oder ob wir – das ist noch wichtiger – gut genug aufgestellt sind, wird hier schon von Sicherheitsspannen und Ähnlichem gesprochen. Das ist mit Sicherheit nicht richtig. Das wird auch der Sache nicht gerecht. Wir wissen doch alle, dass darüber nachgedacht

wird, ob Dateien zusammengelegt werden, damit man besser zugreifen kann, usw. All das, was gewisse Leute schon immer wollten, wird jetzt auch von Teilen der Opposition als durchaus möglich angesehen. Insofern finde ich es nicht redlich, in dieser Situation, in der wir um Aufklärung bemüht sind, bereits die Bewertung vorwegzuziehen.

Ganz schlimm wird es, wenn hier – ich darf zitieren – gesagt wird, der damalige Innenminister habe nicht aufgeklärt, sondern er habe verschleiert und man sei auf dem rechten Auge blind. Das ist eine Unverschämtheit. Es wurde hier dargelegt, und zwar wurde das zweimal von dem amtierenden Innenminister gesagt, dass eben nicht irgendjemand politisch entschieden hat oder dass die Polizeiführung nicht wollte oder dass der Verfassungsschutz nicht wollte, sondern sowohl der Generalstaatsanwalt als auch der Datenschutzbeauftragte dieses Landes Hessen haben klar gesagt, wo Schluss ist, dass Informationen eben nicht gegeben werden dürfen. Wer dann unterstellt, dass hier aus politischen Gründen verschleiert worden sein soll, der wird dieser Sache nicht gerecht. Das kann man politisch noch vertreten. Ich bin da aber anderer Auffassung. Aber wenn man sich dann mit Krokodilstränen in den Augen hinstellt und beklagt, was dort passiert ist, dann fängt es an, moralisch nicht mehr vertretbar zu werden. Das möchte ich an dieser Stelle auch einmal sagen.

Wir haben darüber hinaus gehört, wie die Sicherheitsüberprüfungen stattfinden. Danach wurde gefragt. Mich würde interessieren, ob man mittlerweile weiß – es wurde einmal ansatzweise gesagt –, wann die Einstellung in das Landesamt für Verfassungsschutz stattgefunden hat, damit man zeitlich einordnen kann, wann das war. Ich habe eine Ahnung. Ich weiß es nicht genau. Aber vielleicht erfährt man es einmal.

(Abg. Jürgen Frömmrich: Logisch weißt du es!)

– Ich ahne es.

(Abg. Jürgen Frömmrich: Du hast es in der PKV berichtet bekommen!)

Abg. **Mürvet Öztürk:** Herr Bellino, Sie haben gut angefangen. Aber die Frage zum Schluss lässt wieder vermuten, dass Sie eine bestimmte Bewertung treffen wollen.

Was mir wichtig ist: Wir müssen uns in dieser Situation, in der wir uns jetzt befinden, wirklich alle zusammen darüber im Klaren sein, dass der internationale Fokus gerade auf Deutschland gerichtet ist und dass im Lande Hessen ein Verfassungsschutzbeamter so nah an einem Tatort war. In allen anderen Ländern gibt es andere Diskussionen und andere berechtigte Fragen, warum eventuell doch Verfahrenspannen vorliegen, ja oder nein. Aber wir sind bisher das einzige Bundesland, wo ein Mitarbeiter der Verfassungsschutzbehörde unmittelbar am Tatort entweder anwesend war oder den Tatort kurz vorher verlassen hat, oder wie auch immer. Von daher glaube ich, dass die Qualität hier eine andere ist und dass auch die Sensibilität mit dieser Diskussion eine andere sein sollte.

Wenn wir über das aktuelle Ermittlungsverfahren nichts sagen dürfen, fragen sollen, was ich verstehen kann, wäre für mich wichtig, zu wissen: Nach der Tat ist dazu aufgerufen worden, dass sich die Zeugen, die sich zur Tatzeit im Internetcafé befunden haben, melden sollten. Wie viele Tage nach diesem Aufruf hat sich der Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz gemeldet? Welche Aussagen hat er getroffen, warum er sich nicht gemeldet hat und warum er angeblich keine Beobachtungen gemacht haben kann oder soll? Das würde mich interessieren, weil es sich nach Aussagen ande-

rer Zeugen um zwei oder drei Minuten handelt, die er den Raum vor der Tat verlassen haben soll. Von daher ist wichtig: Was hat er angegeben, warum er sich nicht gemeldet hat? Was hat er im Internetcafé gemacht? Welche Seiten hat er sich da angeschaut? Wie kann es sein, dass er nichts beobachtet haben soll, obwohl er drei Minuten vor oder nach der Tat den Laden verlassen haben soll?

Minister **Boris Rhein**: Verehrte Frau Öztürk, wir führen kein Ermittlungsverfahren. Das ist Teil des Ermittlungsverfahrens.

(Abg. Mürvet Öztürk: Das muss doch in den Unterlagen sein!)

All das, was Sie gerade fragen, ist Teil des Ermittlungsverfahrens. Deswegen können wir hier keine Auskunft darüber geben.

Abg. **Hermann Schaus**: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich will eine Vorbemerkung zur letzten Plenarsitzung machen, weil ich es auch in Anbetracht der heutigen Diskussion nach wie vor ausgesprochen schade finde, dass es nicht dazu gekommen ist, dass ein gemeinsamer Antrag aller fünf Fraktionen zustande kam, obwohl wir angeboten haben, unseren Antrag zugunsten dieses Antrags zurückzuziehen, da dies vonseiten der Regierungsfractionen nicht akzeptiert wurde. Herr Bellino, Sie müssen sich die Frage stellen, wie Sie Ihr Verhalten an der Stelle auch gegenüber der Öffentlichkeit rechtfertigen wollen

(Abg. Holger Bellino: Mit einer Gruppe, die selbst vom Verfassungsschutz beobachtet wird, machen wir nichts gemeinsam!)

– wir haben uns da meiner Ansicht nach nichts vorzuwerfen in dieser Frage –, an der es notwendig ist, gemeinsam als Demokraten auch nach außen hin Flagge zu zeigen.

(Abg. Holger Bellino: Schauen Sie in den Verfassungsschutzbericht hinein! Dann wissen Sie, warum wir mit Ihnen nichts zusammen machen in dieser Frage! – Gegenruf der Abg. Lisa Gnadl)

Vorsitzender: Der Kollege Schaus hat das Wort. Bitte schön, Herr Schaus.

Abg. **Hermann Schaus**: Insofern stellt sich für mich heute folgende zentrale Frage: Der Verfassungsschutz wird ohne Zweifel, und zwar sowohl in Hessen als auch in anderen Bundesländern, bei Dingen des Rechtsterrorismus, die offensichtlich auf der Hand liegen, nicht ausreichend kontrolliert und ist nicht ausreichend kontrollierbar. Welche Konsequenzen ziehen wir als Parlament aus diesen Erfahrungen der letzten Wochen? Das ist sicherlich kein Thema, das man innerhalb von wenigen Tagen oder Wochen diskutieren muss. Meiner Ansicht nach muss das jetzt sehr wohl auf die Tagesordnung. Ich denke schon, dass es nicht sein kann, dass auf der einen Seite darauf verwiesen wird, dass der Verfassungsschutz von fünf Personen, von fünf Parlamentariern, demokratisch kontrolliert wird, und wir auf der anderen Seite feststellen müssen, dass zum einen nichts an die Öffentlichkeit dringt und dass zweitens die Informationen offensichtlich doch nicht so umfangreich sind, wie das in den letzten Jahren immer dargestellt wurde.

Das ist auch kein neues Phänomen. Denn selbst in der Festschrift „60 Jahre Hessisches Landesamt für Verfassungsschutz“ wird in einem Artikel von Herrn Holger Stark diese Problematik der Nichtkontrollierbarkeit des Verfassungsschutzes noch einmal dargestellt. Ich will nicht daraus zitieren. Ich finde es aber sehr bemerkenswert, dass das zumindest in dieser Festschrift problematisiert wurde, während es in der Politik und seitens der Regierungsfractionen offensichtlich bisher kein Thema ist. Für uns ist es eines und bleibt es nach wie vor eines. Ich denke, dass es notwendig ist, darüber weiter zu diskutieren, völlig unabhängig von dem konkreten Fall. Denn es kann nicht sein, dass der Verfassungsschutz nach außen hin so dargestellt wird, als ob er nicht kritisierbar ist, als ob es dort keine Fehlleistungen gibt, als ob seine Entscheidungen immer korrekt sind. Sie von den Regierungsfractionen beziehen sich permanent darauf und stellen das als unverrückbar dar. Jetzt stellen wir an dieser Stelle Fehlleistungen über Fehlleistungen sowie politische Fehleinschätzungen fest, die dann noch hinzukommen und dazu führen, dass Menschen in Mitleidenschaft gezogen werden. Ich denke, das ist auf jeden Fall ein aktuelles Thema.

Herr Minister, insofern richte ich noch eine Frage an Sie: Welche Veränderungen, welche konkreten Sofortmaßnahmen sind Ihrerseits angedacht, um die Menschen in Hessen zukünftig besser zu schützen und solche Fehlleistungen zu verhindern und vor allem um den Kampf gegen Rechts aufzunehmen, den Sie immer als nicht in dem Maße notwendig erachtet haben,

(Minister Boris Rhein: Das habe ich nicht gesagt!)

in dem Maße, wie es sich jetzt in Deutschland und in Hessen darstellt.

Abg. **Nancy Faeser:** Ich will eines klarstellen. Auch Herr Bellino, das Bild, das Sie versucht haben, hier zu stellen, ist nicht richtig. Herr Innenminister selbst hat heute gesagt – ich zitiere ihn wörtlich; ich habe es mir mitgeschrieben –: „Der damalige Innenminister hat eine erneute Berichterstattung versäumt.“

(Minister Boris Rhein: Nein!)

– Doch, versäumt. So haben Sie es gesagt. Natürlich haben Sie es so gesagt.

Es geht zum einen um den Komplex im Jahre 2006. Da wurde auf den Generalstaatsanwalt Bezug genommen, was dem Minister empfohlen wurde. Das Weitere ist der Komplex nach Abschluss des Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Kassel. Das war im Januar 2007. Danach hätte der Innenminister selbstverständlich informieren können.

Zweitens wurde vonseiten Herrn Greilich – auch Herr Dr. Kriszeleit hat in die Richtung argumentiert – gesagt, dass das Ermittlungsverfahren insgesamt bis heute noch nicht beendet ist und man deswegen nicht berichten könne. Zum einen hat der heutige Innenminister heute berichtet. Zum anderen gibt es zweierlei Ermittlungsverfahren. Das Ermittlungsverfahren gegen den Verfassungsschützer ist damals eingestellt worden, also abgeschlossen. Das ist ein abgeschlossenes Ermittlungsverfahren gegen den Mitarbeiter des Verfassungsschutzes. Deswegen ist es hier auch Bestandteil von Fragen. Es wäre aber auch etwas gewesen, was man damals hätte berichten müssen.

Der damalige Sprecher der FDP-Fraktion, der heutige Justizminister, ist schon zitiert worden. Er war damals ziemlich erbost über die Art und Weise der fehlenden Berichterstat-

tung. Insofern kann ich Ihnen nur empfehlen, dass Sie die Argumentation der CDU an der Stelle nicht übernehmen sollten.

Herr Innenminister, ich komme noch einmal zu Frage 14. Sie haben gesagt, in Hessen gab es keine Anhaltspunkte. Wir wissen, dass wir 2006 bzw. 2007, beginnend spätestens 2007 wussten, dass der Verfassungsschützer einen rechten Hintergrund hatte, sei es in der Jugend oder noch bestehend. Das war wahrscheinlich noch nicht ganz klar. Das war ein konkreter Anhaltspunkt im Zusammenhang mit der Tat, da er auch als Tatverdächtiger galt. Deswegen noch einmal die Frage: Warum wurde das in Hessen nicht weiterverfolgt? – Der bloße Hinweis auf eine Arbeitsgruppe in Nürnberg, in der zwei Tat Hintergründe diskutiert wurden, reicht mir nicht aus, weil es hier um die Ermittlungsbehörden in Hessen geht. Das ist die drängendste Frage. Um diese Frage haben wir unseren Dringlichen Berichtsantrag herumgestrickt. Da hätte ich gerne noch eine Einschätzung.

Abg. **Jürgen Frömmrich**: Ich glaube zwar, dass es keinen Sinn macht, will aber einen Versuch unternehmen, eine Replik auf die Ausführungen des Kollegen Greilich zu machen, weil er hier wieder eine Sichtweise hat, die einem die Haare zu Berge steigen lässt. Herr Kollege Greilich, ich will Ihnen zitieren, was der ehemalige Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag und heutige Justizminister zu diesem Komplex gesagt hat. Ich zitiere S. 9:

Die Ursache für die Verstärkung der Katastrophe

– damals ging es um den großen „Bild“-Zeitungsartikel; ich glaube, über diese Geschichte ist eine ganze Seite berichtet worden; erst dann wurden die Kontrollgremien unterrichtet –,

lieber Herr Innenminister, ist aber ein bisschen in der Informationspolitik Ihres Hauses zu suchen und zu finden. Dass wir uns jetzt nämlich im Zusammenhang mit diesem Vorfall in Kassel öffentlich über die Form der Informationspolitik streiten, ist eine negative Begleiterscheinung der Katastrophe, die die Sicherheitsbehörden in Hessen insgesamt und das Landesamt für Verfassungsschutz in besonderer Weise aushalten müssen.

Herr Kollege Greilich, wenn man dann Ihre Ausführungen dazu hört: Ich glaube, jeder kann seine eigenen Schlussfolgerungen daraus ziehen.

Abg. **Dr. Rolf Müller (Gelnhausen)**: Ich will mit dem letzten Satz des Kollegen Frömmrich anfangen. Wenn man hier längere Zeit zuhört, hat man in der Tat den Eindruck, dass sich jeder sein eigenes Bild zurechtgelegt hat. Ein bisschen enttäuscht bin ich von Ihnen, Frau Faeser. Ich habe immer gedacht, Sie wären eine gute Juristin. Aber: Das Ermittlungsverfahren gegen den damaligen Mitarbeiter des Verfassungsschutzes ist Teil des gesamten Verfahrens. Deswegen kann man das nicht trennen.

(Abg. Nancy Faeser: Das Ermittlungsverfahren ist 2007 eingestellt worden!)

– Das ist Teil des gesamten Komplexes, über den wir hier reden. Von daher geht es eben nicht.

(Abg. Nancy Faeser: Definitiv nein!)

Das sollten Sie einmal nachlesen. Das ist auch nicht so schlimm.

Es gibt bei Germanisten – das erinnert mich jetzt daran – ein Beispiel, die Frage: Warum haben Goethe und Schiller nicht miteinander telefoniert? – Das kommt mir hier auch so vor. Sie gehen von dem Bewusstseins- und Kenntnisstand des 29. November 2011 aus. Sie haben selbst geschrieben: „Heute ist bekannt ...“ In der Tat war es damals nicht bekannt. Wenn Sie die Ermittlungen sehen, wenn Sie sehen, dass es überhaupt keine Beziehung zwischen Täter und Opfer gibt: Da hätte ich Sie gerne als Ermittlerin gesehen. Denn Sie haben heute im Prinzip den Eindruck hinterlassen, wenn Sie ermittelt hätten, hätten wir den Täter gleich gefunden. – Das ist ungeheuer schwer. Deswegen sollte man wirklich die Kirche im Dorf lassen und sagen: Die Kenntnisse, die wir heute haben, hat man damals nicht gehabt. Man sollte nicht so tun, als sei die gesamte Staatsanwaltschaft, die gesamte Polizei, alle, nicht in der Lage, Spuren zu verfolgen, sondern nur Sie wären das. Ich muss sagen: Sie sollten von dem hohen Ross ein bisschen herunterkommen oder vielleicht gleich ermittelnde Polizistin werden. Dann wird es in Hessen in kürzester Zeit nur noch aufgeklärte Fälle geben.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser)

Minister **Boris Rhein**: Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte direkt an das anschließen, was Herr Dr. Müller gesagt hat. Man kann wirklich nicht sagen, dass alle unfähig sind.

(Abg. Nancy Faeser: Das hat auch niemand getan! – Abg. Nancy Faeser geht in Richtung Tür.)

– Jetzt geht Frau Faeser vor die Kameras. Okay, man muss sich zwischen Kameras und Parlament entscheiden. Okay, Frau Faeser geht.

(Abg. Nancy Faeser: Ich kann auch bleiben!)

Ansonsten hätte ich Herrn Münch gebeten, zu berichten, wie das mit Ermittlungen ist, wenn die an der Wand sind, wenn es nicht weitergeht. Wenn Sie mir nicht glauben, glauben Sie vielleicht unserem obersten Polizisten, der es aus ganz anderen Hintergründen und aufgrund anderer Erfahrungen berichten kann. Das ist der eine Punkt.

Zweiter Punkt. Herr Schaus hat mich dazu befragt, wie das mit den Sofortmaßnahmen ist. Ich glaube, man muss sehr aufpassen. Genau das ist der Fehler.

(Abg. Nancy Faeser verlässt den Raum.)

– Herr Münch, dann müssen wir es Frau Faeser vielleicht irgendwann anders erklären, wenn sie jetzt zu den Kameras geht. Herr Münch, dann machen wir es später irgendwann. Sonst hätte ich gerne auch noch die Frage 14 für Frau Faeser beantwortet.

(Abg. Lisa Gnadl: Wir sind auch noch da!)

– Aber sie hat die Frage gestellt.

(Abg. Lisa Gnadl: Auch wir wollen gerne die Antworten hören, Herr Innenminister!)

– Na gut. Wenn die Kameras wichtiger sind als das Parlament, dann weiß man auch, wie es ist.

Zu den Sofortmaßnahmen. Herr Schaus, ich glaube, da muss man vorsichtig sein. Wir neigen alle dazu, weil das eine furchtbare Serie ist, weil es furchtbare Gewalttaten sind, die Dinge jetzt übers Knie zu brechen. Wir alle wollen zeigen, dass wir handeln können. Wir alle wollen auch handeln. Aber ich glaube, wir wären gut beraten, wenn wir das jetzt alles ausermitteln lassen würden. Wenn wir die Ergebnisse haben, wenn wir den Sachverhalt haben, dann werden wir darauf reagieren und uns entsprechend einstellen. Das kann bedeuten, dass wir in den Sicherheitsbehörden Dinge verändern müssen. Das kann bedeuten, dass wir möglicherweise bei den Quellen, bei den V-Leuten ein besonderes Controlling einführen, was wir aber ohnedies schon haben, dass wir es dann aber noch verfeinern, dass wir es optimieren. Das kann bedeuten, dass wir bei der Gewinnung von Quellen das eine oder andere optimieren müssen. Ich jedenfalls bin nach wie vor der Überzeugung, dass es ohne Quellen nicht geht. Ich erinnere an die erst vor Kurzem verhinderten Attentate, auch im Bereich Rechts durch Quellenkenntnisse. Deswegen sage ich: Es wird ohne Quellen nicht gehen. – Jedenfalls wird sich da erst etwas ergeben, wenn wir den Sachverhalt ausermittelt haben. Deswegen ist es gut, dass der Generalbundesanwalt über das BKA ermittelt. Wenn das alles offenliegt, wenn wir wirklich alles wissen, dann ist es richtig, zu reagieren.

Es gibt die eine oder andere Maßnahme, die wir schon jetzt anpacken müssen. Dazu gehört beispielsweise die Datei Rechts, die wir jetzt anlegen werden. In der Bundespressekonzferenz bin ich gefragt worden: Warum gibt es die nicht schon längst? – Frau Faeser hat das im Fernsehen auch ganz theatralisch gefragt. Ich sage Ihnen eines: Vor drei Wochen hätten uns die Leute zerrissen, wenn wir diese Datei angelegt hätten. Das gleiche Thema haben wir gehabt, als wir die Islamismusdatei angelegt haben. NADIS gibt es bis heute nicht. Aufgrund wessen? Aufgrund von Datenschutzdiskussionen. All das spielt auch eine Rolle. Deswegen sage ich schon mit aller Vorsicht und Zurückhaltung: Man muss die Dinge jetzt verhältnismäßig betreiben. Man darf nichts übers Knie brechen. Es gibt gewisse Regelungen, die auch ihren Sinn haben. Das machen wir am Ende, wenn die Dinge ausermittelt sind.

Wir haben zum Thema Rechts und Kampf gegen Rechts – ich will das nicht alles noch einmal aufzählen – gerade im Schwalm-Eder-Kreis mit der „BAO-Mitte“ derartig intensive Ermittlungen angestellt. Die Tatsache, dass es dort zunächst nicht mehr die Situation gibt, die es dort einmal gab, hat damit zu tun, dass wir es polizeilich so gemacht haben, wie wir es gemacht haben.

Ich würde Herrn Münch bitten, auch wenn Frau Faeser jetzt nicht da ist, dass er vielleicht noch etwas dazu sagt, wie das ist, wenn man bei Ermittlungen an der Wand ist. Aber die anderen Abgeordneten wird es bestimmt auch interessieren.

LPP Münch: Es ist schwierig, deutlich zu machen, wo man als Ermittler manchmal steht. Ich darf ganz kurz versuchen, das auf den Sachverhalt zu übertragen, wobei ich nicht in den Ermittlungen stand. Das muss ich dazu sagen. – Es gab einen Tatverdacht oder einen Zeugen, der ausermittelt worden ist. Der Mensch, um den es geht, wird auf den Kopf gestellt, mit allem, was es gibt. Es gab keinen weitergehenden Tatverdacht. Ich bin kein Jurist; aber jeder weiß, dass § 170 Abs. 2 StPO als Freispruch erster Klasse bedeutet, auch die Staatsanwaltschaft sagt in der Überprüfung der Akten: Keinerlei Tatzusammenhang damals, bezogen auf Opfer und die Anwesenheit im Lokal. – Jetzt aus der Tatsache, dass der Mensch einen möglicherweise in der Jugend geprägten rechten

Hintergrund hat, zu schließen, ohne dass eine Beziehung zur Tat nachweisbar ist, dass die Tätergruppe daraus resultiert, das ist heute relativ einfach. Ich sage immer: Am Samstagabend weiß ich auch, wie Mainz 05 gespielt hat.

Ich bringe ein Beispiel, um deutlich zu machen, dass Ermittler oftmals an einem solchen Punkt stehen, weil es auch in der Presse war. Es gab ein Wohnmobil in Baden-Württemberg, in Heilbronn. Da war damals das Kennzeichen bekannt, angemietet von einem, den wir heute kennen. Jetzt könnte man sagen – ich erfinde eine Zahl –, das war die Spur 3.784. Aus der Spur 3.784 hat sich ergeben, dass ein Herr X. das Wohnmobil gemietet hatte. Heute wissen wir, dass er Teil der Tätergruppe war. Einem Ermittler vorzuwerfen, dass er ohne weitere Befassung damals darauf hätte kommen müssen, dass das Wohnmobil im Verfahren eine Rolle spielt: Das hätte an Hellseherei gegrenzt.

Ich sage das als Polizist ganz offen: Sonst müsste ich mir keine Gedanken machen, ob wir irgendwann die 60 % bei der Aufklärungsquote knacken. Wir haben ungeklärte Fälle. Das ist so. Das ist unglaublich schwierig. Aber alles, was wir in Richtung Ermittlung tun, braucht einen Anfangsverdacht. Von der Polizei zu verlangen, einfach einmal herumzustochern und strafprozessuale Maßnahmen zu treffen, ohne dass wir einem Staatsanwalt oder einem Richter beantworten könnten, warum wir das tun: Das ist keine hessische polizeiliche Arbeit.

Minister **Boris Rhein**: Ich will noch einen Satz sagen, weil Frau Faeser, die nicht anwesend ist, mir unterstellt hat, ich hätte – – Ich sage es ganz ehrlich: Mich ärgert das, dass hier Fragen an mich gestellt werden, und dann diejenige, die die Fragen gestellt hat, nicht da ist. Das ärgert mich. Da bitte ich um Verständnis. Denn wir wollen hier etwas aufklären. Oder wollen wir Bilder für die Presse stellen? Das ist die Frage. Offensichtlich wollen wir Bilder für die Presse stellen. Aber das ist nicht an mir, das zu beurteilen.

Sie hat gesagt, ich hätte gesagt, der damalige Innenminister hätte es versäumt, zu berichten. Ich habe Folgendes gesagt: Ich habe erst darauf hingewiesen, dass das Ermittlungsverfahren gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt worden ist, weil es keinen hinreichenden Tatverdacht gegeben hat. Das ist ein Freispruch erster Klasse. Natürlich kann man, wenn ein Ermittlungsverfahren gegen einen Mitarbeiter des LfV eingestellt wird, grundsätzlich auch darüber berichten. Das gestehe ich zu. Aber man darf bei all dem eines nicht vergessen – das habe ich berichtet –: Es war dann versäumt worden, eine erneute Berichterstattung vorzunehmen, und zwar – das habe ich auch noch hinzugefügt – darf man dabei einfach bitte nicht vergessen, dass rund sechs Monate vergangen waren. Insoweit erklärt es sich aus heutiger Sicht bei all dem, was wir wissen, schwer. Aber aus damaliger Sicht kann man es vielleicht nachvollziehen, dass in dieser Zeit viele andere Dinge geschehen sind. Jedenfalls ist die erneute Berichterstattung versäumt worden, auch unter dem Gesichtspunkt, dass eine so lange Zeit ins Land gezogen ist.

(Abg. Günter Rudolph: Schauen wir ins Wortprotokoll!)

– Schauen wir ins Protokoll. So ist es.

Abg. **Lisa Gnadt**: Ich denke, meine Frage passt ganz gut in diesen Zusammenhang weil es bei der Frage 5c) ganz deutlich war. In der Beantwortung wurde von Ihnen dargestellt, dass die Auszüge aus „Mein Kampf“ auf die Jugendzeit zurückgingen und im Elternhaus am zweiten Wohnsitz gefunden wurden, dass das Interesse am und zum Nati-

onalsozialismus in die Jugendzeit des Mitarbeiters des Landesamtes für Verfassungsschutz fällt. Ich frage mich, wie sich die Ermittlungsbehörden so eindeutig festlegen konnten, dass das alles Zusammenhänge sind, die nur in die Jugendzeit hineinragen und dass es keinerlei Zusammenhänge zwischen der Jugendzeit und der Zeit als Erwachsener gibt. Ich denke, deswegen ist es schon sehr deutlich, dass uns nicht richtig beantwortet werden kann, wie man zu dem Entschluss kommt, dass es nur in die Jugendzeit des Verfassungsschützers hineinragt. Deswegen noch einmal die Frage an der Stelle.

Minister **Boris Rhein:** Verehrte Frau Gnadl, ich will noch einmal wiederholen, wie die konkrete Antwort war. Ich habe Verständnis, dass es bei der Masse an Antworten, die man vorträgt, vielleicht untergegangen ist. Zu Frage 5c) habe ich geantwortet:

Insoweit ergaben sich keine Anknüpfungspunkte, die einen hinreichenden Tatverdacht bezüglich der Kasseler Tat hätten begründen können. Bei der Durchsuchung des Zweitwohnsitzes des Beschuldigten im Haus seiner Eltern wurden mehrere mit mechanischer Schreibmaschine erstellte Dokumente mit einem Bezug zum Nationalsozialismus gefunden. Darunter befanden sich auch Passagen aus dem Buch „Mein Kampf“ von Adolf Hitler. Das Buch selbst wurde bei der Durchsuchung nicht gefunden. Der Beschuldigte gab in seiner Vernehmung an, diese Schriften während seiner Schulzeit als Kind bzw. Jugendlicher gefertigt zu haben. Für die Ermittler ergab sich daraus der Schluss, dass der Beschuldigte zumindest in der Vergangenheit Interesse am, möglicherweise auch einen Hang zum Nationalsozialismus zeigte. Trotz der intensiv geführten Ermittlungen im Hinblick auf seine Person ergaben sich keine Hinweise darauf, dass er auch als Erwachsener dieses Interesse beibehielt bzw. gar Sympathien für rechtsradikales Gedankengut hegte.

Das war die Antwort.

Vorsitzender: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann sind die beiden Dringlichen Berichtsanträge gegeben und erledigt. – Ich darf bitten, dass die Nichtöffentlichkeit hergestellt wird.

Beschluss zu Punkt 8:

INA/18/62 – 29.11.2011

Der Dringliche Berichtsantrag gilt mit der Entgegennahme des mündlichen Berichts in öffentlicher Sitzung im Innenausschuss als erledigt.

Beschluss zu Punkt 9:

INA/18/62 – 29.11.2011

Der Dringliche Berichtsantrag gilt mit der Entgegennahme des mündlichen Berichts in öffentlicher Sitzung im Innenausschuss als erledigt.

(Schluss des öffentlichen Teils – es folgt der nicht öffentliche Teil)